

**Internationaler
Versöhnungsbund**

Seit 1914 gewaltfrei aktiv
gegen Unrecht und Krieg

Versöhnung

Rundbrief 4/2011

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V.



Palästinensischer Protest bei der wöchentlichen Demonstration in Bil'in. Foto: Hamde Abu Rahma

Themen u.a.:

Palästina

Afghanistan

Libyen

Inhaltsverzeichnis

Editorial - Occupy Berlin - 150 (M.Krisinger) 3

Grundsatzfragen

Gewaltfreiheit - Kunst des Lassens (U. Hahn) 4

Zum Kairos-Palästina Dokument. Beobachtungen zu Stellungnahmen deutscher Kirchen und Institutionen (G. Dilschneider) 6

Berichte und Analysen

Ni'lin, Palästina: Leben an der Mauer (G. Bieberstein) 8

Uns wird geschrieben 9

Afghanistan – auch eine Erfolgsgeschichte (B.Ahlborn) 10

Ein gemeinsames Wort zwischen uns und euch –
Offener Brief und Aufruf von religiösen Führern der Muslime I-VIII

Der Libyenkrieg - ein Kapital-Verbrechen (C. Ronnefeldt) 13

Versöhnungsarbeit vor Ort

Globales Lernen. Bericht über das Internationale Seminar in Berlin (U.Sonn) 16

Gewaltloser Einsatz bringt Erfolg. Ispringer Ehepaar weilt im Auftrag des VB bei Indianern in Kanada (B. Metzbaur) 18

Protokoll von der Gerichtssitzung in Cochem (M. Engelke) 19

Aufruf 2012 des Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheit - Kein Frieden mit der NATO ... 21

Kurznachrichten 22

Termine und Veranstaltungen 22

Materialhinweise 23

Es ist ein Ros entsprungen, alternative Fassung) 24

Impressum

Versöhnung – Rundbrief des Internationalen
Versöhnungsbundes – Deutscher Zweig

Vierteljährliche Erscheinungsweise

Herausgeber: Versöhnungsbund e. V.

Schwarzer Weg 8; 32423 Minden

Telefon: 0571 - 8 5 08 75

Fax: 0571 - 8 29 23 87

E-Mail: vb@versoehnungsbund.de

Internet: www.versoehnungsbund.de

Verantwortlich für den Inhalt dieser Ausgabe:

Maria Krisinger, Marta Przyrembel, Dagmar
Schulte, Andreas Hämer

Redaktionsanschrift:

Andreas Hämer, Zur Urselsbach 4, 66352
Großrosseln

E-Mail: versoehnung@gmx.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
15. Februar 2012

Layout: Otmar Steinbicker

Referat für Friedensfragen:
Clemens Ronnefeldt
A.-v.-Humboldt-Weg 8 a, 85354 Freising
Tel.: 08161 - 54 70 15
Fax: 08161 - 54 70 16
E-mail: C.Ronnefeldt@t-online.de

Spendenkonto:
Versöhnungsbund e. V.
Konto-Nr.: 400 906 72
Sparkasse Minden-Lübbecke
BLZ 490 501 01
IBAN: DE20 4905 0101 0040 0906 72
(SWIFT Code: WELADED1MIN)

Druck und Versand:
Knotenpunkt Offsetdruck GmbH,
Buch/Hunsrück

Titelfoto:
Palästinensischer Protest bei der wöchentlichen
Demonstration in Bil'in. Foto: Hamde
Abu Rahma

Editorial

Occupy Berlin - 150

Treffpunkt 13 Uhr am Neptunbrunnen vor dem Roten Rathaus.

Die Sonne scheint, die dicke Jacke ist fehl am Platz, eine echte Wohltat nach den letzten kalten Tagen. Viele Menschen haben sich eingefunden. Sie lassen riesige Seifenblasen aufsteigen, besprühen Regenschirme mit „We are the 99 %“ oder „Sozialer Ungehorsam“. Ich bereue es nicht, gekommen zu sein. Wie war das noch? Eine einzelne Schneeflocke kann einen dicken Ast nicht zum brechen bringen, aber mit vielen anderen Schneeflocken, bringt am Ende doch eine letzte dieses Ergebnis.

Wir sind viele, und wir sind unzufrieden. Wir sind die 99 %, und mit unserer Anwesenheit nutzen wir diese eine Möglichkeit zum Wandel, die uns Schneeflocken bleibt. Durch die Stimme bei einer Wahl richtet manch schließlich nicht sehr viel aus. So fühlt es sich jedenfalls an.

Es bleibt einem immer nur, das „kleinere Übel“ zu wählen. Nirgends findet sich das Kästchen neben dem steht: „Ich finde euch alle schlecht, und ihr macht doch sowieso, was euch die Macht sichert, seid ihr erst mal oben“. Bleibt eigentlich nur, nicht zu wählen. Aber das geht ja auch nicht. Dann heißt es, die Jugend ist politikverdrossen, und hinter vorgehaltener Hand: „Super, keiner interessiert sich für uns, dann können wir ja machen was wir wollen!“ Also wählt man das noch kleinere Übel, das aber nie genug Stimmen erhalten wird, um etwas auszurichten - und schwupps sitzen wir drin im schwarz-gelben Schlamassel. Oder im rot-schwarzen Berlin ...

Aber heute, am 15. Oktober sind wir alle hier, tanzen in der Sonne „Unter den Linden“ in Richtung Brandenburger Tor und zeigen, dass wir keines Falls politikverdrossen sind! Wir interessieren uns, und wir sind nicht zufrieden! Manche Schilder unterstreichen dies noch: „Glaubst du noch an die Politik, oder denkst du schon selbst?“ oder „Ich bin so wütend, ich habe sogar ein Schild gemalt!“

Wir dürfen nicht, wie geplant, eine Kundgebung vor dem Brandenburger Tor abhalten. Es sind zu viele Menschen. Das ist wirklich toll!

Der Tross zieht also direkt weiter zum Bundeskanzleramt.

Leider fühle ich mich mittlerweile ein wenig wie auf der Love Parade mit nur einem Lautsprecherwagen. Ich weiß nicht, ob das nicht doch ein wenig am Thema vorbei zielt. Am Kanzleramt angekommen wird uns mitgeteilt,

dass dort drinnen sowieso niemand etwas von uns hier draußen mitbekommt, da es eine Regelung gibt, die Lautsprecher so auszurichten, dass im Kanzleramt nichts von der Demo zu hören ist. Wie der Redner treffend formuliert: „Das sagt ja schon eigentlich alles über unsere Demokratie aus!“

Die Organisatoren dieser Demo folgen dem amerikanischen und spanischen Beispiel der letzten Monate. Jeder darf ans Mikrofon. Die anderen dürfen sie/ihn mit bestimmten Handbewegungen auffordern weiter zu reden, aufzuhören - oder man kann ihm/ihr mitteilen, dass er/sie sich wiederholt.

Außerdem sollen wir Zuhörenden das New Yorker „Human Mike“ trainieren und verwenden. Damit auch die letzte Reihe noch alles hören kann, soll jeder wiederholen, was gesagt wurde. An sich eine gute Idee. Dennoch fühlt es sich nicht gut an, einfach alles stur nachzuplappern, was gesagt wird, ohne dass man im Vorfeld weiß, worauf der Redner eigentlich hinaus will.

Durch den freien Zugang zum Mikrofon wird erlebbar, dass wir alle doch irgendwie aus verschiedenen Gründen hier sind. Manche geben Informationen zum Finanzmarkt, andere singen Loblieder auf die Natur. Viele machen auch einfach nur Werbung für ihre Homepage. Das wird ihnen recht bald untersagt. Schließlich soll dies auch eine Veranstaltung gegen Konsum sein und daher ist Werbung nicht erwünscht. Alle applaudieren, es gibt laute Rufe gegen den Konsum. Mein Mann, der gerade zu mir gestoßen ist, versteht die Welt nicht mehr und teilt mir, ganz richtig beobachtet, mit, dass doch die meisten hier der personifizierte Konsum sind. Ich muss ihm leider Recht geben.

Wir warten noch ein paar Redner_innen ab und machen uns dann langsam auf den Weg zur Arbeit. Dabei diskutieren wir über diese Veranstaltung. Er ist ernüchert und enttäuscht. Ich sage, er hätte eben von Anfang an dabei sein sollen, denn es war gut, vom Alexanderplatz zum Bundeskanzleramt zu gehen und zu tanzen und zu zeigen, dass wir viele sind. Er ist der Meinung, dass dies ja auch nicht hilft, sondern viel eher noch der Regierung zugute kommt. Denn so kann sie sagen: „Seht her! Unser tolles System! Hier können Demonstranten friedlich in der Sonne tanzen!“ Da ist was dran. Darauf fällt mir leider nur ein zu sagen: „Du nervst mit deinem Pessimismus!“ Denn sollten Demonstrationen nur etwas bringen, wenn man sie eigentlich nicht durchführen darf? Soll ich etwa auf der Couch liegen bleiben, nur weil ich das Recht habe, auf die Straße zu gehen?



Ich finde es wichtig, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen - und wenn es nur dazu dient, dass man weiß, es gibt noch mehr Menschen, die eine Veränderung möchten.

„Du hast Recht. Es tut mir leid, dass ich so sehr gegen alles rede. Mach das bitte auch weiterhin! Ich will nicht einer von den Männern werden, die sagen, was ist nur aus dir geworden? Früher bist du mal auf die Straße gegangen. Heute liegst du nur noch auf der Couch. Du bist nicht mehr die Frau, in die ich mich verliebt habe!“

Und so werde ich weiterhin mitmachen, wenigstens manchmal, auch wenn ich nicht sicher bin, ob es überhaupt irgend etwas bringt.

Wie gut, dass wir als Versöhnungsbund unsere Erfahrungen, unseren Kampfgeist und auch unsere Erschöpfung teilen können. So manche Aktionen, die sich wiederholen, haben doch nach vielen Jahren eine Veränderung gebracht.

Darum lest fleißig auch in diesem Heft, was die Aktionen von heute sind! Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie, mit viel Ausdauer und Überzeugung verfolgt, das Morgen verändern. Auch unseren Einleger, den Offenen Brief und Aufruf von 138 religiösen Führern der Muslime, empfehlen wir eurer besonderen Aufmerksamkeit - und wünschen euch besinnliche Festtage.

Für die Redaktion
Maria Krisinger

Liebe Freunde und Freundinnen, die ihr aktiv in den VB-Kommissionen seid:

Grundsätzlich sind die Kommissionen gebeten, den Rundbrief des VB als Plattform zur Veröffentlichung von Arbeitsergebnissen zu nutzen; dem Vorstand ist es ein Herzensanliegen, dass die Kommissionen (auch) im Rundbrief (nicht nur auf der Homepage) präsent sind.

Gewaltfreiheit: Kunst des Lassens

von Ullrich Hahn

Zum Sommertreffen des Ökumenischen Dienstes – Schalomdiakonat – in Imshausen hat Ullrich Hahn, Präsident des Internationalen Versöhnungsbundes, deutscher Zweig, am 27.08.2011 die folgenden Thesen vorgetragen.

1. Es geht um die Bedeutung und die Kunst des Lassens in der Tradition gewaltfreien Lebens und Handelns.

Handeln ist hier nicht nur zu verstehen als Tun sondern als ein bewusstes Verhalten oder eine Haltung, die sich auch in einem Unterlassen ausdrücken kann.

In dieser Tradition gab und gibt es einerseits vernünftige Gründe, dem Lassen eine hohe Bedeutung beizumessen; zum anderen gab und gibt es aber auch eine spirituelle Seite oder Tiefe, die das Lassen haben kann. Diese wurde insbesondere von religiösen Lehrern hervorgehoben, gilt aber nicht nur denen, die an Gott glauben.

2. In der gewaltfreien Bewegung, insbesondere bei Gandhi, lassen sich vier Handlungsebenen unterscheiden:

a) Selbst kein Unrecht tun – etwa im Sinne der zehn Gebote oder der „goldenen Regel“;

b) mit dem Unrecht (unrechten Strukturen) nicht zusammenarbeiten, sie nicht legitimieren oder auf andere Weise unterstützen (z.B. Konsumverzicht gegen die Teilhabe an Ausbeutung und Unterdrückung, Zerstörung der Lebensbedingungen; Verweigerung von Steuern, Verzicht auf Zinsen, bewusste Wahl von Energieformen und Verkehrsmitteln);

c) Widerstand leisten gegen das Unrecht.

Dies beginnt mit dem – in der Regel noch legalen – Widerspruch und dem Dialog bis hin zur bewussten Übertretung von Gesetzen und Regeln, dem zivilen Ungehorsam.

Dabei haben gewaltfreie Aktionen in der Regel nicht das Ziel, das Unrecht auf direktem Weg zu überwinden. Sie wollen vielmehr die öffentliche Aufmerksamkeit erregen und eine Meinungsbildung in Richtung auf eine Änderung politischer oder wirtschaftlicher Entscheidungen in Gang setzen (z.B. Blockaden bei Castor-Transporten oder vor Raketenstandorten; Aufruf zum Boykott bestimmter Waren etc.).

d) Modellhafte Formen gerechten Lebens entwickeln (in Bezug auf Energie, Verkehr, Geldrücklagen, Verbindung von Produzenten und Konsumenten im Bemühen um einen gerechten Preis, „fairer Handel“, Nachhaltigkeit im Bezug auf die Umwelt, Integration der Schwachen, Fremden und schuldig Gewordenen).

3. In diesen Handlungs- und Lebenszusammenhängen besitzt das Unterlassen nicht nur qualitativ sondern auch quantitativ Vorrang vor dem Tun:

Wir können viel mehr unterlassen als wir tun können. Wir können zumeist nur eine Sache tun, aber vieles gleichzeitig unterlassen, letzteres sogar Tag und Nacht.

Es gibt gute Gründe zur Annahme, dass auch unser Gewissen uns nur gebietet, Unrecht zu unterlassen, und uns in Bezug auf das Tun einen breiten Raum offen lässt, den wir in großer Freiheit entsprechend unserer Zeit und Kraft ausfüllen können.



Hildegard Goss-Mayr

4. Bei der Analyse gesellschaftlichen Unrechts als Voraussetzung für gewaltfreie Gegenstrategien verwendete Hildegard Goss-Mayr oft das Bild eines auf der Spitze stehenden Dreiecks, das nur durch äußere Stützen in seiner labilen Lage gehalten werden kann. Zu diesen Stützen einer unrechten Situation gehören regelmäßig auch wir selbst mit unserer Zusammenarbeit, der vielgestaltigen Legitimation und Nutznießung.

Noch bevor wir etwas tun und an manchen



Stützen rütteln, können wir aufhören, selbst Stützen des Unrechts zu sein.

5. Der Vorrang des Lassens hindert uns nicht am nötigen Tun, sondern gibt uns vielmehr die nötige Freiheit und den Raum dazu.

Je mehr wir noch selbst mit dem Unrecht verstrickt sind, mit den Drahtziehern in einem Boot sitzen, Nutznießer des Unrechts sind (in der Teilhabe an der Rendite ihrer Geldanlagen, dem billigen Preis der auf Kosten der Armut hergestellten Güter und des ungerechten Welthandels) besitzen wir gar nicht die Handlungsfreiheit und die moralische Kraft zum Widerstand.

6. Neben dem praktisch Nachvollziehbaren hat das Loslassen aber auch eine spirituelle Seite, die die äußere Praxis unterstützt und das Handeln zu einem Lebensvollzug erweitert.

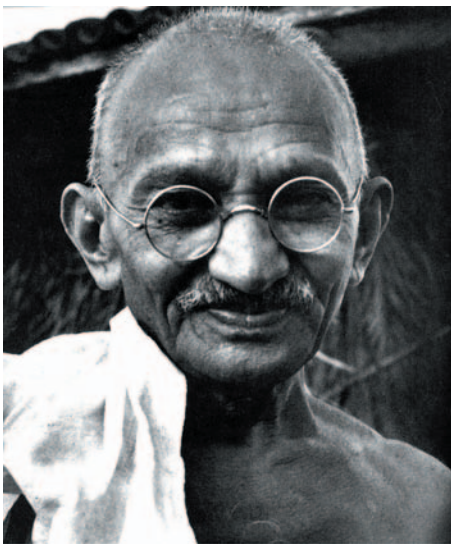
Das Lassen, Loslassen, Unterlassen, der Verzicht ist wie ein Ausatmen nach langer Anstrengung, Befreiung der Seele, Sabbat für den Körper, Gelassenheit für den Geist.

Die uns überlieferten Väter der Gewaltfreiheit haben alle keinen gestressten Eindruck vermittelt, obwohl sie überaus wirkungsvoll waren:

Sokrates hat Gespräche geführt, Fragen gestellt. Er hat es nicht einmal für nötig befunden ein Buch zu schreiben. Als er auf einem Markt stand, soll er gesagt haben: "Wie viele Dinge gibt es doch, die ich alle nicht brauche."

Jesus ist Menschen auf seinem Weg begegnet, hat mit ihnen gesprochen und einige geheilt. Er war nie in Eile, verzichtete ausdrücklich auf die ihm angebotenen Möglichkeiten politischer Macht und Herrschaft und starb verspottet am Kreuz, konsequent bis in den Tod, der für diejenigen, die mit ihm gelebt hatten, zum Beginn einer neuen Lehre wurde, ähnlich wie bei Sokrates.

Henry David Thoreau hat nichts Großes getan. Er hat Tagebuch geschrieben über seine Beob-



Mahatma Gandhi

achtungen von Natur und Gesellschaft in der unmittelbaren Umgebung seiner Heimat.

Eine Nacht hat er im Gefängnis verbracht, weil er dem Staat, der Krieg führte, keine Steuer bezahlt hat. Sein kleiner Aufsatz, den er nach diesem kurzen Erlebnis verfasste („Über die Pflicht zum Ungehorsam gegenüber dem Staat“) hat aber Generationen nach ihm ermutigt, gleichfalls ihrem Gewissen zu folgen und die Mitwirkung an staatlichem Unrecht zu unterlassen.

Gandhi hat zwar ein paar wenige, dafür sehr berühmt gewordene politische Kampagnen initiiert.

Aber die meiste Zeit hat er in seinem Ashram gelebt, wollte modellhaft zeigen, was eine gerechte Gesellschaft ausmacht: Verzicht auf ungerechten Luxus, Gleichheit von Mann und Frau, Respekt vor fremden Religionen, die Würde auch der einfachen Arbeit, für die er sich nie zu schade war.

Für den wichtigen Anführer eines Volkes von mehreren Millionen Menschen war es auffällig, wie viele Stunden er tagtäglich am Spinnrad saß – eine aus unserer Sicht merkwürdig uneffektive Art, seine wertvolle Zeit einzusetzen.

7. Nach Meister Eckhard, dem mittelalterlichen Mönch, und ihm folgend: für Erich Fromm geht es mit dem Lassen um die grundlegende Änderung unseres Handlungs- und Lebenszieles: vom Haben zum Sein.

Eckhard: „Die Leute brauchten nicht so viel nachzudenken, was sie tun; sie sollten vielmehr bedenken, was sie wären. Wären nun aber die Leute gut und ihre Weise, so könnten ihre Werke hell leuchten. Bist du gerecht, so sind auch deine Werke gerecht. Nicht gedenkt man Heiligkeit zu gründen auf ein Tun; man soll Heiligkeit vielmehr gründen auf ein Sein, denn die Werke heiligen nicht uns, sondern wir sollen die Werke heiligen.“

Wir sollen frei werden von den Dingen, dem „dies und das“, was unseren Geist gefangen hält (u.a. die Fülle der Information, die seltsamerweise zu einer Verdummung auf hohem Niveau führen kann), damit wir in Freiheit bei den Dingen stehen und uns den Menschen zuwenden können, die uns brauchen.

Für Eckhard führt das Lassen und Leerwerden zu einer Haltung der „Abgeschiedenheit“, die uns nicht ins Abseits führt, sondern zur Standhaftigkeit in der Auseinandersetzung mit und in der Welt:

„Dazu nimm einen Vergleich: eine Tür geht in einer Angel auf und zu.

Nun vergleiche ich das äußere Brett der Tür dem äußeren Menschen, die Angel aber setze ich dem inneren Menschen gleich. Wenn nun die Tür auf- und zugeht, so bewegt sich das äußere Brett hin und her, und doch bleibt die Angel unbeweglich an ihrer Stelle und wird deshalb niemals verändert. Ebenso ist es auch hier, wenn du es recht verstehst.“

8. Für Eckhard ist der Weg vom Haben zum Sein kein Weg zur Selbstverwirklichung des modernen Menschen, sondern der Weg zur Einheit mit Gott.

In dem Maß, wie wir loslassen und leer werden, werden wir frei zur Gottesbegegnung, zur „Gottesgeburt in der Seele“.

„Du musst wissen, dass sich noch nie ein Mensch in diesem Leben so weit weitgehend gelassen hat, dass er nicht gefunden hätte, er müsse sich noch mehr lassen. Der Menschen gibt es wenige, die das recht beachten und darin beständig sind. Es ist ein gleichwertiger Austausch und ein gerechter Handel: soweit du ausgehst aus allen Dingen, so weit, nicht weniger und nicht mehr, geht Gott ein mit all dem Seinen, dafern du in allen Dingen dich des



Meister Eckhard

deinen völlig entäußerst. Damit heb an und lass dich dies alles kosten, was du aufzubringen vermagst. Da findest du wahren Frieden und nirgends sonst.“

„Wo ich nichts für mich will, da will Gott für mich....“

9. Im Loslassen werden wir demütig, nicht unterwürfig sondern bescheiden auch in der realistischen Wahrnehmung unserer Grenzen und Unvollkommenheit.

Gleichzeitig werde ich dankbar für so viele mir auch fremde Menschen, die das Nötige tun, zu dem ich selbst nicht in der Lage bin.

Entscheidend ist nicht die von uns abhängige Vollendung, sondern das rechte Wollen, sind die rechten Anfänge, die Bereitschaft, immer wieder zu beginnen, „und wenn wir Wenige sind, werden wir klein beginnen“ (Gustav Landauer).

Für Eckhard ergibt sich aus dem „Sein“ eine innere Haltung, wie die Schwerkraft eines Steines, die immer geneigt sein wird, auch das Rechte zu tun, wo es nötig ist.

Ganz ähnlich versteht später als Eckhard, aber geistig mit ihm verwandt, Immanuel Kant das Wollen:

„Es ist überall nichts in der Welt, ja überhaupt auch außer derselben zu denken möglich, was ohne Einschränkung für gut könnte gehalten werden, als allein ein guter Wille.“

10. In der Annäherung zum Sein durch das Lassen könne wir unser „Leben ohne warum“ führen.

Eckhard: „Fragte einer das Leben tausend Jahre lang: warum lebst du? – Es würde antworten, wenn es sprechen könnte: Ich lebe darum, dass ich lebe. Es kommt daher, dass das Leben aus seinem eigenen Grund lebt und aus sich selber quillt. Darum lebt es ohne warum eben darin, dass es sich selber lebt. Wenn einer einen tätigen Menschen, der aus seinem eigenen Grund wirkte, fragte, warum wirkst du deine Werke, dann spräche dieser, sollte er genau antworten: ich wirke darum dass ich wirke.“

Dies bedeutet, das Unrecht unterlassen, weil es Unrecht ist, das Rechte tun, weil es recht ist, arbeiten, ohne auf den Erfolg zu zielen

Leonhard Ragaz: „Schiele nicht auf den Erfolg, arbeite, der Erfolg ist Gottes.“

Es bedeutet, Partei ergreifen für die Schwachen und Geschlagenen, auf der Seite derer stehen, die ohne Waffen sind, unabhängig von der Frage, „ob es was bringt“.

Es geht darum, den Weg des Gewaltverzichts zu gehen und dem Ziel im Weg gegenwärtig sein.

Zum Kairos-Palästina Dokument

Beobachtungen zu Stellungnahmen deutscher Kirchen und

Institutionen zum Kairos-Palästina Dokument von G. Dilschneider

Am 22.9.2011 hat G. Dilschneider in Stuttgart beim Treffen der Geschwister der Basler Mission die folgenden Thesen zur Diskussion vorgetragen. Wir halten sie für einen wichtigen Beitrag in der BDS-Diskussion.

1. Das Kairos-Papier steht in der befreiungstheologischen Tradition

Die Missionsgesellschaften haben die frohe Botschaft von Europa nach Übersee getragen. Diese Botschaft schlug in einem bestimmten realen Kontext erfreuliche Wurzeln, und durch den Prozess des Heimischwerdens des Evangeliums fingen Christinnen und Christen an, die gute Botschaft zu leben. Prominente Beispiele solcher Prozesse sind die lateinamerikanische Befreiungstheologie, die Black Theology, insbesondere in Südafrika und die Minjung-Theologie in Korea. Wichtig in all diesen von Christen formulierten und gelebten (und auch erlittenen) Glaubensaussagen war die enge Verknüpfung von Leben und Glauben in einem konkreten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontext oftmals auf dem Hintergrund kolonialer Erfahrungen.

Durch diese Glaubensaussagen wurden wir verunsichert, weil unsere westlich abendländische Theologie und das damit zusammenhängende Bibelverständnis, also die eigenen theologischen Traditionen und daraus abgeleiteten Erkenntnisse durch diese Anfragen in Frage gestellt wurden. Stellungnahmen dieser Christen und Kirchen – wie das Kairos Papier aus Südafrika 1985, in deren Tradition sich das palästinensische Papier sieht – enthalten immer beides, theologische und politische Argumente. Deshalb geht der Vorwurf, das Kairos-Papier der Palästinenser sei eine politische Botschaft, an der Intention der Autoren vorbei. Für die Autoren gehört beides zusammen, die biblisch-theologischen Glaubensbekenntnisse bzw. Erkenntnisse und die politische Dimension. Nur in unserem westlich-abendländischen theologischen Denken haben wir diese Ebenen getrennt.

Das Kairos-Palästina Papier steht also in dieser Tradition und folgt den befreiungstheologischen Schritten: „sehen“ (die Realität), „urteilen“ (prüfen an den Maßstäben Glaube, Liebe Hoffnung) und „handeln“ (was zu tun ist). Der Text ist nach langer Zeit des Schweigens ein christlicher Beitrag, in dem die Autoren eine eigene Initiative anbieten und die jüdisch-muslimische Monopolisierung des Konflikts durchbrechen. Der Text ist – nach Aussagen

der Initiatoren – „ein existenzielles Dokument ihres Glaubens und ihrer Hoffnung“, welches aus einer hoffnungslosen Situation heraus eine große Bewegung angestoßen hat. Gerade für die jüngeren Palästinenser bietet der Aufruf eine neue Hoffnung.

Der Vorwurf, es handle sich hier nicht um ein offizielles kirchliches Dokument (Volkmann), ist meines Erachtens nicht haltbar. Das Dokument wurde in jahrelanger Arbeit von Persönlichkeiten aus verschiedensten Kirchen, Konfessionen und Traditionen formuliert. Zwar hat keine Synode, keine Kirchenkonferenz das Papier unterschrieben. Das hindert die Autoren jedoch nicht daran, sich theologisch legitim als Kirche Christi mit einem Anspruch auf ökumenische Solidarität zu verstehen. Hier sei daran erinnert, dass nach evangelischer Lehre die Verbindlichkeit eines geistlichen Wortes, das sogar den Rang eines Bekenntnisses erlangen kann, an der Rezeption durch die weltweiten Kirchen hängt, nicht aber an irgendeiner formalen hierarchischen Autorisierung. Kirche in allen ihren Sozialgestalten wird sich zu diesem Aufruf verhalten müssen – um des Gewichtes seiner Argumente und des Leidens der Menschen willen, für die die Verfasser ihre Stimme erheben.

Es sollte unabdingbar zu unserem ökumenischen Selbstverständnis gehören, die Botschaft von Geschwistern („den Gliedern am Leibe Christi“) aus anderen Kontexten erst einmal ernst zu nehmen, wirklich zu hören, was sie beschäftigt und was sie zu sagen haben, zu verstehen, warum sie so reden und aus einer Haltung der Empathie und geschwisterlichen Solidarität heraus auf ihre Argumente – durchaus auch kritisch – einzugehen und daraus miteinander zu lernen, auch für unseren Kontext.

2. Einseitige Positionierung

Das Kairos-Palästina Papier beschreibt die Situation der palästinensischen Bevölkerung und der Christinnen und Christen und fragt nach unserer Solidarität und unserer Position zu den aufgeworfenen Fragen. Jede Antwort von deutscher kirchlicher Seite, die mir bisher bekannt geworden ist, beschreibt und beschäftigt sich erst einmal mit der Verbundenheit der Christen und Kirchen mit dem Judentum, „bezeugt Gottes bleibende Erwählung Israels“, unsere Schuldverstrickung mit dem Holocaust und bekräftigt unsere uneingeschränkte Solidarität zu Israel („... als mit

dem Volk Israel verbundene Kirche ...“). Von dieser als selbstverständlich angenommenen Position aus wird alles andere in dem Papier beurteilt und abgehandelt. Wahrgenommen wird zwar die Klage der Palästinenser und ihrer Lebensumstände („... den Schrei der Hoffnung wahrzunehmen ist Eines ... aber „die historischen Zusammenhänge und die Realität zu analysieren und zu deuten ist ein Anderes ...“ (Baden), d.h. die Kritik an den dargelegten Tatsachen, zu einzelnen Punkten und Vorschlägen, die an diesem Papier geübt wird, geht ausschließlich an die Adresse der Palästinenser und „ sie dramatisieren die Verhältnisse ...“ (DIG). Besserwisserische Belehrungen und paternalistische Untertöne (wie in der EMOK-Stellungnahme) sind keine Seltenheit. Dass der Zionismus und seit 1948 der Staat Israel als die stärkste Militär- und Besatzungsmacht im Nahen Osten und damit die stärkste Konfliktpartei ein gerütteltes Maß und einen Löwenanteil an Verantwortung in diesem asymmetrischen Konflikt trägt und damit für seine politischen Handlungen und Strategien verantwortlich und rechenschaftspflichtig gemacht werden muss, wird in keiner Stellungnahme von deutscher Seite erwähnt. Ich behaupte deshalb, dass unsere historische Schuldverstrickung und die christlich-jüdischen Wurzeln keine kritische Distanz und faire Beurteilung des Konfliktes zulassen.

3. Zwei Narrative

In den kirchlichen Äußerungen zum Kairos-Papier wird Stellung genommen zu historischen und politischen Prozessen und Vorgängen des Konfliktes, weil sie von den Autoren angesprochen werden, als da sind:

- die Besatzung des Westjordanlandes, des Gazastreifen, der Golanhöhen, sowie der Siedlungsbau;
 - die Zweistaatenlösung;
 - der Boykottaufruf;
 - das Flüchtlingsproblem;
 - das Gewaltproblem;
 - die Nakba
- Israel als demokratischer Staat;
- Zionismus und Rassismus und Apartheid-Staat.

Zwischen beiden Konfliktparteien – Israelis und Palästinensern – gibt es zu all diesen Stichworten zwei ‚Narrative‘, zwei Geschichten, Wahrnehmungen, Darstellungen und zwei Betrachtungsweisen, die oftmals so unterschiedlich in der Darlegung, der Interpretation der Fakten und ihrer Bewertung sind, dass

man sich fragt, ob man vom gleichen Ereignis redet. Jede Seite beschreibt die historischen Entwicklungen und gegenwärtige Prozesse aus eigener Sicht und versucht, mit jeweils ihrem ‚Narrativ‘ ihr Recht auf Existenz und die damit zusammenhängenden Bedingungen und Umstände abzuleiten und damit das Recht auf Existenz der Gegenseite abzusprechen. Damit werden unüberbrückbar scheinende Gegensätze aufgebaut, die jeden Versuch einer politischen Lösung in Frage stellen.

Beispiele: (I.=Israelis – P.=Palästinenser)

Flüchtlinge: I. „die palästinensischen Flüchtlinge sind 1947/48 freiwillig oder auf Grund des Befehls arabischer Kommandeure gegangen“ – P. „die Flüchtlinge waren Opfer einer wohl durchdachten Kampagne der ethnischen Säuberung“;

Besatzung: I. „es gibt keine Besatzung der Westbank, des Gazastreifens und der Golan Höhen, es handelt sich um umstrittene Gebiete“ – P. „Israels Besatzung enthält Elemente von Kolonialismus, von Apartheid und von Besatzung, Landraub (Annexionen, Siedlungsbau) und verstößt damit gegen das Völkerrecht und UN-Resolutionen“;

Siedlungsbau: I. „die Siedlungen dienen der Sicherheit“ – P. „sie dienen der Kontrolle, der ‚Judaisierung‘ und sind dazu da, einen lebensfähigen Staat zu verhindern“;

Die Aufzählung der Argumente könnte unendlich fortgesetzt werden.

In den deutschen kirchlichen Stellungnahmen zu den erwähnten Stichworten und der daraus abgeleiteten Kritik werden in der Regel die israelischen Informationen und Position ungeprüft übernommen. Kaum je wird der Versuch gemacht, die historische und aktuelle Betrachtungsweise der Palästinenser zu dem Konflikt in die Argumentation mit einzubeziehen. Durch diese einseitige Positionierung wird unterschwellig von vornherein Partei für eine - die israelische Version - genommen und die palästinensische Seite, wenn überhaupt erwähnt, in ihrem Anliegen nicht ernst genommen, in Zweifel gezogen, ja abgewertet.

4. Verwirrung der Begriffe

Meines Erachtens gibt es gerade in kirchlichen Kreisen eine Vermischung, ja Verwirrung, wenn es um die Beurteilung und Bewertung des Konfliktes und damit um eine Stellungnahme zum Kairos-Palästina Papier geht. Immer wieder trifft man in den kirchlichen deutschen Stellungnahmen auf die Begriffe: „Israel das Heilige Land“, „das Land Gottes wird zum Erbe Israels“, „das jüdische Land“, „das Land der Verheißung“, „die bleibende Erwählung Israels und die Bundestreue Gottes mit dem gelobten Land als elemen-

tarem Bestandteil der Bundesschlüsse“ und „Bund und Land gehören zusammen“. Diese Aussagen werden als zentrale, die Mitte des Evangeliums betreffende, Aussagen, bewertet (Volkman). So glaubt die Rheinische Synode, in der Errichtung des Staates Israel „ein Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk“ zu sehen. Auch das Kairos-Palästina-Dokument benutzt diese Terminologie: „Gottes Land. Es ist heilig, weil Gott darin gegenwärtig ist ...“. Dieses „schwebend-unbestimmte Nebeneinander von theologischen Sätzen und politischer Realität“ (Wille) und dem daraus abgeleitete Ansatz gespeist aus der Tradition der Glaubensgeschichten verschiebt den Konflikt auf eine irrationale metaphysische Ebene, verschleiert die Problematik und verhindert eine Lösung des Konfliktes, denn in der Konsequenz findet eine Vermischung von Glaube und Politik statt.

„Mitten in einem territorialen Konflikt wird mit religiösen Texten argumentiert, um Legitimitätsansprüche zu begründen. Eine solche Verabsolutierung biblischer Sätze und damit deren politische Instrumentalisierung jenseits jeglicher historischer und theologischer Analysen der Kontexte...verunmöglichen jeglichen politisch-rationalen Diskurs ... Denn aus den biblischen Landverheißungen können keine politischen Aussagen abgeleitet werden.“ (Bollag).

In der Diskussion um das Kairos-Papier kommt es entscheidend darauf an, eine Vermischung bzw. Überlagerung beider Betrachtungsweisen strikt zu vermeiden. Staaten, wie auch der Staat Israel, sind „partikulare Machtgebilde und menschliche Institutionen“. Israel als jüdischer Staat ist eben ein Staat, „der seine jüdische Existenz mit staatlicher Gewalt nach innen und nach außen sichern will. Der Glaube an Gott kann nicht durch staatliche Gewalt gesichert werden ... Als Staat soll Israel, wie die anderen Staaten sein“, und - wie ein künftiger palästinensischer Staat auch - „demokratisch und säkular.“ (Vollmer).

In der ganzen Diskussion um das Kairos-Papier müssen wir anerkennen, dass es zentral um einen primär politischen Konflikt geht, der im Referenzrahmen allgemeinverbindlicher völker- und menschenrechtlicher Grundsätze gelöst werden muss, deren Akzeptanz über alle religiösen Grenzen hinweg einzufordern ist. Nur auf dieser Basis kann eine Lösung am Ende den Sorgen beider Völker um Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden Rechnung getragen werden. (Versöhnungsbund).

Desmond Tutu sagte einmal: „Wenn du dich in ungerechten Situationen neutral verhältst, hast du die Seite der Unterdrückten gewählt“.

Zitierte Literatur:

Jochen Vollmer ‚Israel-Palästina Konflikt und die Befreiung der Theologie vom Nationalgott Jahwe zum Herrn der Welt und aller Völker; in: Deutsches Pfarrerblatt 8/21011

Michael Volkman, Stellungnahme des Pfarrers für das Gespräch zwischen Christen und Juden in der Evangelischen Landeskirche Württemberg zum Kairos Palästina Papier - vom 25.6.2010

„Kairos – Zeit für Frieden in Israel und Palästina – ein geschwisterliche kritischer Brief aus der Badischen Landeskirche“ - vom 21.10.2010

Erklärung des EMOK-Exekutiv Ausschusses zum Kairos Palästina Dokument vom 22.4.2010

Wilhelm Wille, Israel und Palästina – Anfragen an unsere Theologie; in: Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche Baden, 9/2011

Michel Bollag, Landverheißung, in: Junge Kirche 2/2011

Jeff Halper, Jimmy Johnson, Emily Schaefer, Der israelisch-palästinensische Konflikt; Internationaler Versöhnungsbund, 2010

Ni'lin, Palästina: Leben an der Mauer

von Gabi Bieberstein

Saeed Amireh (20), Vertreter des gewaltfreien Widerstands aus Ni'lin, Palästina, befindet sich auf Europareise. Er wurde vom schwedischen Parlament eingeladen und nach Deutschland vom Koordinationskreis Palästina Israel (KoPI), vom Internationalen Versöhnungsbund Deutscher Zweig, dem Interkulturellen Bildungswerk Friedenshaus (IBF) Bielefeld und der Gruppe Solidarität mit der arabischen Demokratiebewegung. Saeed Amireh berichtete in vielen deutschen Städten auf eine sehr persönliche und eindrückliche Weise über den Widerstand und das Leben in seinem Dorf Ni'lin – auch in Bielefeld, Gütersloh, Herford und Minden. Über ihre Eindrücke von der Begegnung mit ihm berichtet Gabi Bieberstein.

Ni'lin – Eintauchen in eine andere Welt

Wer nach Ni'lin reist, taucht quasi in eine andere Welt ein, berichtete Saeed Amireh. In dem 5.000 Einwohner Ort nahe von Ramallah gibt es keine Marktstraßen, keine Bushaltestelle, keine Kulturstätten und öffentlichen Parks. In Ni'lin gibt es Wohnhäuser, Schulen, wenige Läden für die Waren des täglichen Bedarfs – und die Mauer. Die israelische Mauer verläuft durch palästinensisches Gebiet. Die israelische Regierung hat sich große Teile palästinensischen Farmlands angeeignet, dort mehrere Siedlungen errichtet, Siedlern landschaftliches Gelände zur Verfügung gestellt und eine Landstraße zur Verbindung der Siedlungen gebaut. Alles darf nur von Israelis und nicht von Palästinensern genutzt werden; nach internationalem Recht ist dies illegal.

In Ni'lin gibt es unzählige Arbeitslose, nächtliche Razzien, Schüsse, Verletzte, Verhaftete, Tote – und den gewaltfreien Widerstand gegen Landnahme, Besetzung und Mauer, der auch international zunehmend Aufmerksamkeit bekommt. Der arabische Nachrichtensender Al Jazeera hat begonnen, für eine Dokumentation zu recherchieren. Diese wird berichten, auf welche Weise der Widerstand in palästinensischen Dörfern wie Ni'lin den „arabischen Frühling“ inspiriert hat.

„Es geht um unsere Würde!“

„Es geht uns nicht um eine Einstaaten- oder eine Zweistaatenlösung, es geht nicht um Namen, es geht um einen gerechten Frieden, um Freiheit und es geht um unsere Würde!“ sagt Saeed Amireh.

Brutales Vorgehen der israelischen Armee
Saeed Amireh wurde selbst als Aktivist während gewaltfreier Demonstrationen bereits mehrfach angeschossen, er wurde verhaftet und mit 17 Jahren für vier Monate in ein Gefängnis in Israel gesperrt. Aber nicht nur er, sondern seine ganze Familie ist am Widerstand beteiligt und von dem oft brutalen Vorgehen der israelischen Soldaten betroffen: seine kleinen Schwestern wurden angeschossen, und sein Vater, Ibrahim Amireh, war, als einer der drei Anführer des friedlichen Widerstandes in Ni'lin, für ein Jahr inhaftiert und wurde wie viele andere gefoltert.

Israel versucht durch zunehmende Gewalt den gewaltfreien Widerstand der Palästinenser in Ni'lin und vielen anderen Orten zu brechen. Vor Beginn von gewaltfreien Demonstrationen schossen Scharfschützen der israelischen Armee bereits mit scharfer Munition von den Dächern des Dorfes gezielt auf Menschen. Viele wurden bislang angeschossen und einige sogar erschossen, auch Kinder. Internationale und israelische Friedensaktivisten unterstützen den Widerstand in Ni'lin.

Was kann jeder einzelne tun?

Alle Teilnehmenden waren von dem Vortrag und den Videos, die Demonstrationen und Gewalt der israelischen Soldaten zeigten, tief beeindruckt. Eine wichtige Frage war, was wir persönlich dazu beitragen können, dass die Besetzung beendet wird und es zu einem gerechten Frieden kommt. Saeed Amireh rief dazu auf, Druck auf die deutsche Bundesregierung auszuüben, die Besetzung nicht weiter zu unterstützen. Schließlich werden von deutschen Steuergeldern Waffen zu Verfügung gestellt, die dazu dienen, auf Palästinenser zu schießen. Ganz wichtig ist seiner Meinung nach, dass jeder einzelne mehr über Palästina berichtet und auch nach Möglichkeit dorthin reist, um authentisch erzählen zu können. Anregungen für Reisen wurden ausgetauscht. Saeed Amireh empfahl, gerade auch Dörfer, die vom Mauerbau besonders betroffen sind, zu besuchen.

Ni'lin: Palästina wiederbepflanzen!

Saeed Amireh berichtet über die Aktion für neue Olivenbäume in Ni'lin: „In Palästina sagen wir: ‚Wenn die israelische Besetzung einen Olivenbaum entwurzelt, dann pflanzen wir zehn Bäume ein, um zu zeigen, dass wir an unserem Land unbeirrt festhalten und nicht



aufgeben‘. Spenden für neue Olivenbäume unterstützen den gewaltfreien Widerstand politisch und menschenrechtlich, und auch die Bauern, die sehr viel durchstehen müssen.“

70% der zerstörten Olivenbäume kann das Westbankdorf Ni'lin bereits durch die bis November 2011 erhaltenen Spenden ersetzen. Bitte helft mit, dass die Aktion „Replant Palestine“ bis Jahresende alle 1.100 durch den illegalen Mauerbau in Ni'lin verlorene Olivenbäume ersetzen kann.

<http://replantpalestine.org/en>
<http://www.niilin-village.org/>
www.supportibrahim.com

Der Versöhnungsbund überreichte Saeed Amireh eine Spende von 200 Euro.

Veranstaltungen in Ostwestfalen

Die Nahostkommission des Versöhnungsbunds und die Gruppe Solidarität mit der arabischen Demokratiebewegung organisierte am 7. und 8. November 2011 drei öffentliche Veranstaltungen sowie zwei Schulveranstaltungen mit Saeed Amireh. Sein Vortrag wurde aus dem Englischen oder Arabischen ins Deutsche übersetzt.

Bei einem mitgliederoffenen Gespräch in der Geschäftsstelle Minden wurde überlegt, wie wir diese Informationen und diese starken Eindrücke weiter geben können. Insbesondere wurde die besondere Bedeutung der Information in Schulen diskutiert.

Ein Interview mit Saeed Amireh sowie eine Aufzeichnung seines Vortrags in Bielefeld werden bald auf YouTube und auf der Website des Versöhnungsbunds zur Verfügung stehen.

Uns wird geschrieben

Ihr Lieben!

In den Diskussionen zu Israel und Palästina gibt es zwei Argumente, die den anderen zum Einlenken, Schweigen bringen soll, und manchmal am liebsten zwingen:

Wenn ihr BDS unterstützt, dann seid ihr Antisemiten.

Wenn ihr BDS nicht unterstützt, dann tretet ihr die Menschenrechte, die Palästinenser mit Füßen.

Ich bin überzeugt davon, dass beides nicht nur nicht richtig ist, sondern falsch, diffamierend und irreführend. Ich hoffe, dass wir diese fruchtlosen Diskussionen beenden können, indem wir aufhören uns gegenseitig von etwas

Lieber Helmut,

In deinem Artikel in der Versöhnung erwähnt du die Verstöße Israels gegen internationales Recht. Mir fehlt allerdings bei dieser einen Bemerkung völlig das Bewusstsein für die Anerkennung des Leidens der Palästinenser. Nur als kleine Erinnerung: Täglich werden Leuten Haus und Heim zerstört - und damit nicht nur Obdach sondern Kinderspielzeug, Schulhefte, Fotoalben, liebgeordnete Einrichtung, kurz ein ganzes zurückliegendes Leben. Täglich werden völlig unschuldige Kinder - Erwachsene natürlich auch - verhaftet und entweder lange gefangen gehalten oder nur durch Zahlung wieder freigelassen. Immer wieder werden kostbare Olivenbäume (die bekannterweise 10 Jahre Pflege brauchen bis sie überhaupt tragen) abgefackelt. Vielleicht noch am schwersten von allem zu ertragen sind die absichtlichen Demütigungen, die Palästinenser erfahren, sobald sie sich einem Checkpoint nähern. Die wenigsten Menschen sind in der Lage, so etwas zu ertragen ohne entweder das eigene Selbstwertgefühl völlig zu verlieren, oder aber Rachedgedanken zu hegen. Ich staune immer wieder über die Duldsamkeit der Palästinenser.

In Bezug auf deine im oben genannten Artikel erwähnte Kritik am Buch zur BDS Bewegung: meinem Verständnis von Gewaltfreiheit entspricht es nicht, diesen Leuten zu predigen, die ständig selbst Gewalt (zumal massierte militärische!) erleben. Man kann Gewaltfreiheit nur versuchen, vorzuleben und die Menschen, denen es gelingt, in einer solchen Situation selbst gewaltfrei zu bleiben - und davon gibt es in Palästina erstaunlich und bewundernswürdig viele! - soweit wie nur möglich zu unterstützen.

überzeugen zu wollen, was nicht zum Überzeugen taugt.

Ich finde, wir sollten lieber die guten Ansätze in der Politik nutzen, die zur Zeit da sind.

Welches sind die guten Ansätze? Die wachsende Bereitschaft in der Internationalen Gemeinschaft sich auch nicht mehr auf obige zwei Scheinargumente festlegen zu lassen. Die Einsicht reift, dass folgendes nötig ist: Internationales Recht nicht Aushöhlen durch Einführen von neuen Gewohnheiten (denn Internationales Recht ist Gewohnheitsrecht - was zu lange akzeptiert ist, wird als Standard möglich und nicht als Ausnahme), Menschenrechte sind universal und nicht nur für einige wenige, Sicherheit ist immer gemeinsame Sicherheit und durch militärische und sicherheitstechnolo-

gische Mittel nicht zu erreichen. Da sehe ich auch den Ansatz vom Versöhnungsbund.

Die Bundesregierung zögert, dem Verkauf von weiteren U-Booten an Israel zuzustimmen. Vor Jahren eine völlig unmögliche Haltung - nun wird sie noch nicht einmal groß kommentiert. Der Kanzlerin ist nicht der Geduldsfaden gerissen - wenn sie sich so zu Wort meldet und dies auch Öffentlich macht, dann hat sich in unserem Land grundlegend das politische Klima geändert - noch zögerlich, aber spürbar. Dies muss politisch genutzt werden - lasst es uns tun.

Herzliche Grüße
Davorka Lovrekovic

Im Übrigen bin ich überzeugt, dass der deutschen (wie der amerikanischen) Duldsamkeit Israels Verbrechen gegenüber rein machtpolitische Überlegungen zugrunde liegen. WENN wir wegen unserer Schuldverstrickung schweigen müssen, nehmen wir durch unser Schweigen ständig auch neue Schuld - den Palästinensern gegenüber - auf uns, indem wir dulden, dass

die deutsche Regierung klare Bemühungen zu deren Schutz ständig unterlässt. Wiegt diese Schuld dann die vergangene auf?

Mit herzlichen Grüßen,
Anka (Schneider)



Gewaltfreie Demonstration im palästinensischen Ni'lin. Foto: Gabi Bieberstein

Afghanistan – auch eine Erfolgsgeschichte

von Birgit Ahlborn

Der folgende Bericht von AG 2 und K7 auf der Jahrestagung Duderstadt konnte in die letzte Nummer des Rundbriefes nicht mehr aufgenommen werden - aus zeitlichen Gründen, aber auch aufgrund seiner Überlänge und Dichte. Seine Aktualität hat er gleichwohl nicht verloren.

Afghanistan – auch eine Erfolgsgeschichte ... - so lautete der Titel der Arbeitsgruppe mit Dietlinde Quack und Fariba Muzafferiy von der Deutsch-Afghanischen-Initiative e. V. (DAI) in Freiburg. Die DAI ist nach dem 11. September 2001 entstanden, als sich eine Gruppe aktiver Menschen getroffen hat, um gemeinsam humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in Afghanistan zu leisten. Aus Nothilfeaktionen, die von Deutschen und in Deutschland lebenden Afghanen aus Freiburg und Umgebung organisiert und durchgeführt wurden, entwickelten sich Projekte des Wiederaufbaus und der Selbsthilfe, die von Anfang an mit Afghanen vor Ort umgesetzt wurden. Davon berichteten Dietlinde und Fariba mit vielen Bildern und einem Film. Die Projekte konzentrieren sich ganz bewusst auf den ländlichen Raum (Provinz Herat, Parvan und Wardak), weil dort bislang wenig Hilfe ankommt und um zu verhindern, dass die Leute in die Städte flüchten. Dietlinde und Fariba stellten die vier Projektschwerpunkte vor:

1. Schulen: 10 Schulbauten für Mädchen und Jungen - 9 Schulpatenschaften afghanischer und deutscher Schulen – Lehrerfortbildung -

persönliche Patenschaften, die über 170 Kindern den Schulbesuch ermöglichen – Ausbildung (Schreinerei)

2. Erneuerbare Energien: Errichtung von Energiestationen zur dezentralen Stromversorgung: Solarbatterien, Windräder, Scheffler-Reflektoren und Transfer von Wissen auf dem Gebiet der Nutzung der Sonnenenergie an die örtliche Wirtschaft, so dass Scheffler-Reflektoren in Kabul von Afghanen hergestellt werden können.

3. Hilfe für Halbnomaden: Wiederaufbau von Häusern in Obeh (östlich von Herat) – Bau eines Brunnens in der Nomadensiedlung Schotordaran – gesundheitliche Versorgung von Nomaden – Impfung von tausenden Ziegen und Schafen in den Nomadensiedlungen Karez Soltan, Shotordaran, Mehrabad u.a. – 100 bedürftige Nomaden, v.a. Witwen, in der Gegend um Herat erhielten Ziegen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation.

4. Frauen: Das Stickprojekt Laghmani gibt über 200 Frauen ein regelmäßiges Einkommen – im Frauenzentrum Shahrak (Region Herat) lernen Frauen lesen, schreiben, nähen, zeichnen, Englisch, EDV und Selbstverteidigung. Es ist ein Ausbildungsort, aber auch ein wichtiger Treffpunkt für die Frauen.

4.1. Weil das Überleben der Menschen in Afghanistan, wenn auch auf niedrigem Niveau,



inzwischen weitgehend gesichert ist, hat sich die DAI jetzt den Aufbau des zerstörten Landes zur Aufgabe gemacht. Dafür ist die Förderung der Bildung grundlegend, v.a. auch für Mädchen, damit die Menschen eine Perspektive haben. Deshalb hat die DAI Schulen gebaut oder renoviert und fördert jetzt ihre Weiterentwicklung. (Die LehrerInnengehälter werden zwar weitestgehend vom Staat bezahlt, aber Reparaturen, Anschaffungen, Schulmaterialien und gute LehrerInnenfortbildungen müssen von der DAI finanziert werden.) Eine Zukunftsperspektive haben aber nur diejenigen Jungen und Mädchen, die nicht arbeiten müssen, um zum Familienunterhalt beizutragen. Also begründete die DAI persönliche Patenschaften für Schülerinnen und Schüler, inzwischen auch für Studentinnen. Bei einer Patenschaft bekommt die bedürftige Familie 20-30 Euro im Monat, die die DAI-Mitarbeiter vor Ort persönlich auszahlen und den tatsächlichen Schulbesuch überprüfen. (In Afghanistan besteht Schulpflicht, aber es gibt keine Sanktionen staatlicherseits, wenn die Kinder nicht kommen.) Das „nackte“ Überleben steht im Vordergrund: Es erfordert, dass z.B. im Fall einer Witwe mit vier Kindern alle Kinder mithelfen müssen und keine Zeit haben, in die Schule zu gehen. Deshalb werden Halb- und Vollwaisen, Kinder alleinstehender Mütter und Kinder mit einem behinderten Elternteil in prekärer wirtschaftlicher Lage bei der Auswahl bevorzugt.

Für die meisten Schulen, die diese Kinder besuchen, bestehen gleichzeitig Schulpartnerschaften in Deutschland: in Freiburg und Umgebung. Durch alljährliche Sammlungen, regelmäßige Veranstaltungen und Projektwochen kommt das nötige Geld zusammen, das für die Schulen in Afghanistan gebraucht wird. Trotzdem gibt es immer wieder Finanzierungslücken, wo die DAI auf zusätzliche Spenden angewiesen ist.



4.2. Weil die Erwerbsstruktur auf dem Land schlecht ist, es an Infrastruktur mangelt und es an Informationen fehlt, ist die Förderung der Dorfentwicklung ein zweiter wichtiger Schwerpunkt der DAI. Dazu gehört das Projekt „Schreinerei“, das es zwanzig Halbwaisen ermöglicht hat, von der Straße weg zu kommen und sich als Schreiner ausbilden zu lassen. Außerdem startete die DAI zusammen mit der Friedensinitiative Nottuln und dem Verein Afghanischer Ingenieure und Techniker in Deutschland e.V. mit einer Art Modelldorf in Bedmoschk (Provinz Wardak), dessen Konzept auch auf andere Regionen in Afghanistan übertragen werden kann. Neben der Errichtung einer Grundschule für Jungen und Mädchen sind die Einrichtung von durch Wind und Sonne betriebenen Energiestationen und die Förderung von Kleingewerbe dort sehr entwicklungsfördernd. Durch die Solarbatterien und die Windräder wird Energie geliefert zur Beleuchtung und für den Betrieb von Wasch- und Buttermaschinen, was den Frauen die Hausarbeit erheblich erleichtert und Gelenk- und Rückenschmerzen vorbeugt. Außerdem leistet die solare Energie einen ökologischen als auch einen für die Sicherheit und Gesundheit der Frauen und Mädchen wichtigen Beitrag zum Kochen. Zehn Energiestationen (eine Station kostet 1500 Euro), die ca. 700 Menschen mit Strom versorgen können, laufen seit 2004 reibungslos. Durch die Energieversorgung wird es z.B. auch möglich, dass Frauen mit Obsttrocknern hygienisch einwandfreies, staubfreies Trockenobst produzieren, das gut vermarktet werden kann. Die Einrichtungen des Dorfes Bedmoschk wirken als Modell für benachbarte Dörfer. So konnten weitere zwanzig Energiestationen aufgebaut werden, bei denen erwartungsgemäß der Eigenanteil der Bevölkerung höher war und die Subventionierungsbeträge der DAI geringer, da die Menschen die Vorteile der neuen Technologie begriffen haben und nun auch bereit sind, mehr Geld dafür auszugeben. Besonders zu erwähnen sind noch die Schefflerspiegel (Sonnenreflektoren), die auch im privaten Bereich, aber vor allem für größere Einrichtungen zur Energiegewinnung eingesetzt werden, z.B. für Krankenhäuser und Großküchen bei Schulen (Mädchenschule Jamhuriat in Kabul). Durch die Produktion dieser Reflektoren werden noch dazu Arbeitsplätze in Kabul geschaffen, weil dort die Module, Spiegel, usw. zusammen gebaut werden.

4.3. Die DAI hat sich seit ihrer Gründung immer in besonderer Weise um Nomaden und Halbnomaden gekümmert. Schon die erste und zweite Nothilfe führte auch in ihr Gebiet, vor allem im Großraum Herat. Schnell wurde deutlich, dass hier eine große Gruppe von Menschen, die genauso unter Krieg und Bürgerkrieg gelitten hatten wie die Afghanen in den Städten, im Schatten der Hilfe und



Im Frauenzentrum in Sharak

Entwicklung blieb. Gerade aber Nomaden gewinnen dem kargen Land auch dort noch ihren Lebensunterhalt ab, wo die übliche Landwirtschaft nicht mehr möglich ist. Nomaden hängen stärker als andere von den Wechselfällen des Klimas ab, leiden mehr als andere unter Dürre im Sommer und extremer Kälte im Winter, weil nicht nur sie selbst, sondern auch ihre Existenzgrundlage, die Tiere, besonders gefährdet sind. Extreme Schnee- und Kälteverhältnisse oder jahrelange Dürren bringen die Menschen schnell in Existenznot. Ein typisches Beispiel: Nach einer riesigen Frühjahrsflut 2010 gerieten die Halbnomaden von Obeh in absolute Existenzgefährdung, als nicht nur ihr Vieh vernichtet, sondern auch ihre Häuser weitgehend zerstört waren und ihnen kaum mehr als das Leben geblieben war. Eine Reihe von Projekten der DAI war daher auf Nomaden ausgerichtet. In Obeh wurden die Häuser wieder aufgebaut, in Adraskan, Solmabad, Gharati, Schotordaran wurden Schulen gebaut, in Mehrabad eine Gesundheitsstation und in Schotordan noch ein Brunnen und 2009/10 ein öffentliches Bad, ein Hamam. Die beiden letzten Nothilfen, die durch den strengen Winter 2008 notwendig geworden waren, waren auf Nomadengebiete konzentriert, ausnahmsweise auch einmal im Großraum Kunduz. (Wer mehr über die einzelnen Projekte oder die Deutsch-Afghanische Initiative erfahren möchte, kann auf folgender Internetseite nachschauen: www.deutsch-afghanische-initiative.de).

4.4. Weil Frauen in Afghanistan die am schlimmsten betroffenen Opfer der letzten 25 Jahre sind, hat die DAI Frauenzentren gegründet, um die Stellung der Frauen in der afghanischen Gesellschaft zu stärken.

Frauen und Mädchen hatten unter den Taliban keinen Zugang zu Bildung und Arbeit. Sie waren aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Die Jahre der Not und der Krieg haben viele Frauen traumatisiert - viele haben ihre Männer verloren. In einer Männergesellschaft ist die Lage von Witwen besonders schwierig. Oft müssen ihre Kinder arbeiten, um die Familie zu ernähren, so dass Schulbesuch dann nicht mehr möglich ist. Bildung und Ausbildung sind aber wesentliche Grundsteine für die Selbstständigkeit der Frauen, den Aufbau und die Entwicklung Afghanistans. Ausdruck findet dies auch in dem bekannten Ausspruch „Bildest du einen Mann, so hast du einen Menschen gebildet. Bildest du eine Frau, so hast du eine ganze Familie gebildet“.

Das Konzept der bislang durch die DAI gegründeten Frauenzentren in Laghmani (Schnalmali Ebene nördlich von Kabul) und Sharak (westlich von Herat) besteht daher darin, für Frauen (speziell für Witwen) einen Ort der Begegnung und Ausbildung, der Bildung und je nach Bedarf Gesundheitsaufklärung, sowie Kinderbetreuung und einen Mittagstisch anzubieten.

Die Frauen können in angemieteten Räumen an Kursen in Nähen und z.T. auch in Sticken teilnehmen. Ziel ist es, dass die Frauen durch den Verkauf von selbst hergestellten Produkten allein für ihren Lebensunterhalt sorgen können und unabhängig werden. Zusätzlich finden Alphabetisierungskurse statt. Lesen und Schreiben sind ein grundlegender Bestandteil stärkeren Selbstbewusstseins, persönlicher Freiheit und demokratischen Verständnisses.

Auch die Männer billigen und fördern die Frauenzentren und damit den eingeleiteten

Prozess, der am Ende zu größerer Selbstständigkeit der Frauen führen soll.

Das Frauenzentrum in Sharak wird seit sechs Jahren von der DAI geleitet und von den Organisationen „Terre des Femmes“, „Weltgebetstag“ und „Help“ unterstützt. Weil Dietlinde die Ansprechpartnerin für dieses Projekt ist und es schon mehrere Male selbst besucht hat, konnte sie uns einen kurzen Überblick über den aktuellen Stand geben. Seit der Gründung gab es große Fortschritte, so dass derzeit 230 Frauen im Zentrum unterrichtet werden, darunter sind 160 Frauen, die an Alphabetisierungskursen teilnehmen. Deren Leistungen sind größtenteils so gut, dass sie nun sogar Bücher und Zeitungen lesen können. Die Nähkurse sind ebenfalls sehr beliebt. Die Absolventinnen arbeiten entweder als Schneiderinnen oder nutzen das Gelernte um innerhalb der Familie ihre Nähkünste einzubringen. Auch die Englisch- und Computerkurse werden stark nachgefragt, denn die Frauen können mit dieser Qualifikation Arbeit in einem Büro finden. Inzwischen arbeiten 12 Lehrerinnen im Zentrum, die Kosten für das Projekt belaufen sich auf 10.000 Euro im Jahr. Da es aufgrund der dynamischen Entwicklung von Sharak immer schwieriger wurde, über längere Zeit geeignete Räume zu mieten, wurde der Entschluss gefasst, ein eigenes Haus zu bauen. Vor Ort wurde eine Organisation gegründet, die zusammen mit der DAI das

Grundstück für das Haus bereits erworben hat. Für den Neubau werden nun Spenden in Höhe von 25.000 Euro benötigt, die über Anträge an Caritas International, Terre des Femmes, Misereor und andere große Hilfsorganisationen zusammen kommen sollen, aber auch Einzelspenden sind sehr willkommen. Den Wunsch dazu äußerte Dietlinde, als sie gefragt wurde, wie wir einen Beitrag leisten könnten. Außerdem würde sie (und andere Mitglieder von der DAI) gern als Referentin für Vorträge eingeladen werden, um mit dem Erlös das Frauenzentrum unterstützen zu können.

Für das zweite Frauenprojekt, das wir kennen lernten, ist eine französische Textilkünstlerin verantwortlich: Pascale Goldenberg, die ebenfalls in der DAI mitarbeitet. Sie hat das Projekt 2004/05 in Laghmani begonnen und lässt die Frauen dort kleine Quadrate sticken, die hier in Deutschland verkauft werden und vor allem in der Patchwork-Szene großen Anklang finden. (Die Garne dafür spendet übrigens die Firma Madeira aus Freiburg.) Kürzlich ist das Buch erschienen: „Was uns hält und trägt. Ein Nähkästchen voller Leben.“, Verlag am Eschenbach. Kunstvolle Stickereien der Frauen aus Laghmani illustrieren Texte von C. Spilling-Nöker, E.-M. Leiber, K. Nagorni, K. Huber u.a.m. Das Büchlein eignet sich wunderbar als Geschenk, wie auch die Stickquadrate, aus denen sich z.B. schöne Glückwunschkarten herstellen lassen. Empfohlen

sei auch das Buch von Pascale Goldenberg: „Fäden verbinden“ – ein Bildband mit vielen Stickquadraten und ausführlicher Projektbeschreibung (ISBN 978-3-87512754-6).

Mittlerweile gibt es noch ein neueres Stickprojekt in Herat, zu dem 200 Stickerinnen aus der Region gehören, die andere, feiner gestickte, Quadrate herstellen mit traditionellen Mustern. Aus beiden Stickprojekten bekamen wir in unserer Gruppe viele kleine Kostbarkeiten zu sehen, die wir auch kaufen konnten, und sahen Beispiele für deren Verwendung auf Taschen, Mäppchen, Kleidung, usw.

Nachdem Fariba wegen einer Familienfeier am Samstag schon früher abreisen musste, erzählte Dietlinde allein über die Frauenarbeit in Afghanistan. Aber auch am Samstag bereicherte eine Afghanin unsere Arbeitsgruppe: Roya Doost, die am Samstag bei unserer großen Aktion „Mohn trifft Hopfen“ in der Stadt getanzt hatte. Roya erzählte, dass sie noch in diesem Jahr nach Kabul reisen wolle, um dort in einem Waisenhaus mitzuarbeiten. Ihr Ziel sei es dann, auf einem Grundstück in Herat ein eigenes Kinderheim aufzubauen. Wer darüber nähere Infos haben möchte oder Roya unterstützen möchte, kann sich direkt an sie wenden: Roya Doost, Tel.: 0163 – 7853997 Mail: royadoost2003@yahoo.de



Afghanische Realität

Der Libyenkrieg – ein Kapital-Verbrechen

von Clemens Ronnefeldt

Um den Libyenkrieg ist es bald nach der Ermordung Gaddafis und schließlich der Gefangennahme seines Sohnes Saif al-Islam im deutschen Blätterwald eher ruhig geworden. Totschweigen ist jedoch keine Lösung. Im Gegenteil gibt es immer noch mehr als genug Veranlassung, genauer hinzusehen und weiter nachzufragen - gerade auch im Hinblick auf weitere Kriege oder militärische Interventionen, wie es beschönigend heißt..Im Folgenden setzt sich Clemens Ronnefeldt ausführlicher mit den wahren Hintergründen des Krieges auseinander.

Ein Interview von Bettina Röder in „Publik Forum“ (21.10.2011) mit Prof. Johan Galtung zum Libyenkrieg beleuchtet Motive der beteiligten Nato-Staaten: „Vor allem sei es um das Öl und viel Geld gegangen. Gaddafis Plan, eine staatliche Zentralbank für ganz Afrika einzuführen, sollte durchkreuzt werden. Dafür, so der Friedensforscher, habe man bereits seit November vergangenen Jahres den Nato-Einsatz im März 2011 vorbereitet.“

1. Zur Öl-Problematik

Lühr Henken ist einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag. In seinem Beitrag: „Krieg gegen Libyen - Ursachen, Motive und Folgen“¹ hat er Thesen ausgeführt, die Johan Galtungs Aussagen näher erläutern:

„Seit September 1973 müssen sämtliche in Libyen tätigen Erdölkonzerne dem Staat eine mindestens 51%ige Beteiligung einräumen. (...) Libyen hat mit nachgewiesenen 44,3 Milliarden Barrel die größten Erdöllagerstätten Afrikas. (...) Nur etwa ein Drittel der Fläche ist bisher konzessioniert. Bei einem gegenwärtigen Rohölpreis von 115 Dollar je Barrel errechnet sich für Libyen ein Wert für die nachgewiesenen Ölressourcen von über 5 Billionen Dollar. (...) Die Verträge mit den Konzernen sind jedoch nach wie vor so abgefasst, dass diese ‚bis zu 80 Prozent der Produktionserlöse (...) an die staatliche libysche Ölgesellschaft NOC‘ liefern müssen, berichtet das ZDF. (...) Westliche Firmen sprechen angesichts dessen auch von Knebelverträgen“.

Unter anderem italienische, französische, britische, spanische, us-amerikanische, russische und deutsche Energie-Konzerne standen bis zu den Nato-Bombardierungen in scharfer Konkurrenz zu chinesischen Unternehmen, so Lühr Henken: „13 Prozent der libyschen Erd-

öllexporte gingen in die VR China, was dort drei Prozent der Ölimporte ausmacht. Knapp 20 Milliarden Dollar hat die VR China in Libyen investiert. 36.000 Chinesen arbeiteten in Libyen und 75 chinesische Firmen waren dort aktiv. Sämtliche Chinesen wurden evakuiert. Sie waren vor allem im Eisenbahnbau, im Bewässerungsbau und im Telekommunikationsbau und in der Ölförderung aktiv. Ihre Rückkehr ist ungewiss.“

2. Zur Einführung neuer afrikanischer Finanzinstitutionen

In der deutschen und internationalen Medienlandschaft weitgehend totgeschwiegen wird das von Galtung genannte zweite Motiv, das Lühr Henken ausführlich beleuchtet: „Gaddafi war 1999 Initiator zur Bildung der Afrikanischen Union (AU) (...) Libyen zahlt 15 Prozent des AU-Budgets und die Beiträge mehrerer kleiner afrikanischer Staaten. Insgesamt werden die libyschen Investitionen in Afrika auf 6 Mrd. Euro geschätzt. Die AU-Truppen in Somalia werden vor allem von Libyen finanziert. Mit 260 Millionen Euro ist Libyen einer der wichtigsten Anleger der Afrikanischen Entwicklungsbank. (...) Aber die Pläne Gaddafis gehen weit darüber hinaus. Wenige Monate vor dem NATO-Angriff auf sein Land forderte er die arabischen und afrikanische Staaten auf, eine neue gemeinsame Währung einzuführen, um sich der Macht des Dollars und des Euros zu entziehen. Grundlage sollte der Gold-Dinar sein, der auf dem 144 Tonnen schweren libyschen Goldschatz beruht, der in der staatlichen Zentralbank lagert.

Dieser Initiative waren bereits geheime diesbezügliche Konferenzen 1996 und 2000 vorausgegangen. Die meisten afrikanischen Länder unterstützten dieses Vorhaben. Sollte dies gelingen, wäre Frankreich der größte Verlierer, denn das bedeutete das Ende des CFA-Franc in den 14 frankophonen Ländern Afrikas, und damit auch das Ende der postkolonialen Kontrolle Frankreichs über diese. Drei Schlüsselprojekte hatte Gaddafi in Planung, die den Grundstein für eine afrikanische Föderation bilden sollten: Die Afrikanische Investmentbank im libyschen Sirte, die Afrikanische Zentralbank mit Sitz in Abuja, der Hauptstadt Nigerias, sowie die für 2011 geplante Einrichtung des Afrikanischen Währungsfonds in Jaunde (Kamerun), der über einen Kapitalstock von 42 Milliarden Dollar verfügen soll. (Peter Dale Scott, The Asia-Pacific Journal, May 2, 2011)



Der Afrikanische Währungsfonds (AWF) soll unabhängig machen vom IMF.“

Dieser Hintergrund erklärt auch, warum der französische Präsident Nicolas Sarkozy im März 2011 Muammar al-Gaddafi überraschend fallen ließ, mit dem er noch im Herbst 2010 eine strategische Partnerschaft vereinbarte, die die Lieferung eines Atomkraftwerkes und den Export von Kampfjets an Libyen einschloss.

Bereits am 1.3.2011 hatte die Obama-Regierung in den USA rund 30 Mrd. Dollar an libyschen Investitionen eingefroren. Der Friedensnobelpreisträger Barack Obama brachte mit dieser Maßnahme zunächst die dem US-Dollar gefährlich werdenden libyschen Staatsvermögen unter seine Kontrolle, um sie nach der Ermordung Muammar al-Gaddafis den neuen Nato-Verbündeten des Übergangsrates wieder freizugeben.

Hätten sich neben den afrikanischen Staaten auch noch arabische Ölproduzenten-Staaten an den neuen afrikanischen Zentral-Finanzinstitutionen beteiligt, hätte dies Dollar und Euro in größte Schwierigkeiten gestürzt. Nach der Erfahrung Gaddafis wird vermutlich so schnell kein anderes afrikanisches oder arabisches Land den Versuch unternehmen, die Herrschaft von Dollar oder Euro herauszufordern und damit gerechtere Wirtschaftsbeziehungen herzustellen.

Lühr Henken weist noch auf ein weiteres Nato-Kriegsmotiv hin, das sich nun als „Kollateralschaden“ ergibt: „Libyen ist einer von sechs Staaten des afrikanischen Kontinents, der zum African Command (AFRICOM) der USA keine militärischen Beziehungen unterhält und sich neben Libanon als einziger arabischer Mittelmeeranrainer nicht am NATO-Mittelmeerdialog beteiligt. USA und NATO übten vor dem Angriff keine Kontrollfunktion an den

libyschen Küsten aus. Nach der Räumung des britischen und des US-amerikanischen Militärstützpunktes durch Gaddafi 1970 war dessen der Zutritt auf libysches Gebiet verwehrt. Das könnte sich unter einer neuen Herrschaft wieder ändern.“

Dank seiner rund 200 Milliarden US-Dollar Währungsreserven und z.B. auch einer auf viele Jahre gesicherten Trinkwasser-Versorgung durch das gewaltige Great-Man-Made-River-Projekt (GMMRP) konnte Libyen eine relativ eigenständige Politik betreiben und – wie bei der Finanzierung eines eigenen afrikanischen Satelliten-Systems, das von Gebühren für die Nutzung us-amerikanischer oder europäischer Systeme Afrika unabhängig machte, Konflikte mit den USA oder Europa riskieren.

Umgekehrt wird Europa künftig auf stabile Verhältnisse in Libyen angewiesen sein, sollte das ambitionierte Desertec-Projekt verwirklicht und in einigen Jahren Solar-Strom aus Nordafrika nach Europa transportiert werden.

3. Zur Brutalität der Nato-Akteure

Ulrich Ladurner von der Wochenzeitung „Die Zeit“ hat einen für die deutsche Presselandschaft bemerkenswerten Kommentar verfasst: „Muammar al-Gadhafi ist im Namen der Menschenrechte erlegt worden wie ein Tier. Das sollte man nicht vergessen, jetzt, da in Libyen sein Ende gefeiert wird. Es steht uns nicht an, die zur Schau getragene Freude siegreicher Libyer zu kommentieren. Doch reden sollte man über die Nato. (...) Womöglich war sie auch am letzten Akt des Dramas beteiligt. Eine Drohne soll den Konvoi Gadhafis bombardiert haben, und dadurch erst seine Gefangennahme möglich gemacht haben. Wir wissen es nicht. Aber eines ist klar: dass die Nato ein entscheidender Teil dieser libyschen Jagdgesellschaft war, allen voran stellvertretend der Franzose Nicolas Sarkozy und der Brite David Cameron. Wie diese Menschenjagd mit den Menschenrechten zu vereinbaren ist, das bleibt ein Rätsel, an dem selbst die spitzfindigsten Juristen sich die Zähne ausbeißen werden“.

Diese Menschenjagd wurde auch verbal inszeniert: „Wir werden euch helfen, Gadhafi und seine Anhänger auszurauchern!“, sagte Nicolas Sarkozy, in Tripolis, wo er sich mit David Cameron als Befreier Libyens feiern ließ. Zwei Tage vor der Ermordung Gaddafis forderte US-Außenministerin Hillary Clinton: „Wir wollen Gaddafi, tot oder lebendig“.

Welchen Grad an Verrohung haben westliche Gesellschaften inzwischen erreicht, dass es in der Medienlandschaft kaum noch kritische Kommentare gibt, wenn selbst ernannte Schützer der Menschenrechte unter dem

Vorwand „Responsibility to Protect“ sich zu solchen völkerrechtswidrigen Aussagen versteigen?

Ulrich Ladurner bilanziert: „Die ‚humanitäre Intervention‘ hat durch die Intervention in Libyen einen bleibenden Schaden gekommen. Wenn nämlich in Zukunft wieder davon die Rede sein sollte, werden uns die Bilder des erlegten Diktators Gadhafi in den Sinn kommen. Und diese Bilder tragen eine überraschende Wahrheit in sich: Die selbst ernannten Menschenrechtler können ganz schön grausam sein. Es ist deshalb Zeit, sich von der Menschenrechtsrhetorik zu befreien. Sie vernebelt nur die Zusammenhänge. Gadhafi ist gestürzt worden, weil er die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat, vor allem aber, weil er den Zynismus des Westens unterschätzt hat. Gestern noch war Gadhafi von Nicolas Sarkozy mit allem Pomp empfangen worden, heute blies eben dieser Sarkozy zur Jagd auf den Libyer. Die Menschenrechte waren die willkommene Legitimation, um diese Geschichte zu Ende zu bringen. Mit Gadhafi ist ein Kumpane getötet worden, der nicht mehr im Spiel war. Diese Botschaft wird übrigens in Syrien, in Bahrain, in Saudi-Arabien und im Iran sehr wohl vernommen werden. Alle autoritären Herrscher – Freunde oder Feinde des Westens – werden sich jetzt tiefer eingraben. Wenn sie das Wort Menschenrechte hören, dann werden sie sofort die Waffe durchladen – noch entschlossener als vorher.“

4. Zum Kampf um die Deutungshoheit der „gelungenen humanitären Intervention“

Die Aussagen von Johan Galtung und Ulrich Ladurner entsprechen derzeit m.E. nicht den vorherrschenden Meinungen in der deutschen Presse. Dr. Michael Lüders, häufiger Gast bei allen großen Fernseh- und Radiostationen, schreibt in seinem jüngst herausgegeben Buch „Tage des Zorns. Die arabische Revolution verändert die Welt“ (München 2011) zum Thema Libyen: „Anders als im Fall Iraks oder Afghanistans erscheint es abwegig, US-Amerikanern und Europäern imperiale Motive vorzuhalten“. (S. 107). Auf Seite 110 scheint sich Michael Lüders selbst zu widersprechen: „Im Zweifel geben wirtschaftliche Interessen den Ausschlag. Politik hat mit Ethik wenig zu tun.“ (...) „Was aber war das Kriegsziel der Nato? Offiziell der Schutz der Zivilbevölkerung. De facto ging es um den Sturz Ghaddafis, allen Dementis zum Trotz“.

Michael Lüders nennt in seinem Buch Opfernzahlen des Libyenkrieges, die nur vorläufig sein können, da die Kampfhandlungen nach Erscheinen seines Buches fortgesetzt wurden: „Im Verlauf der Kämpfe starben mehr als 12 000 Menschen. Rund 800 000 Ausländer, überwiegend afrikanische und asiatische

Wanderarbeiter, flüchteten aus Libyen“ (S. 94). Wie viele davon den Gaddafi-Truppen, den Rebellen und der Nato zuzuordnen sind, wird sich vermutlich niemals feststellen lassen.

Zu den Meinungsmachern in Deutschland zählt auch Prof. Christian Hacke, Politikwissenschaftler an der Universität in Bonn. Er schreibt unter dem Titel: „Deutschland und der Libyen-Konflikt. Zivilmacht ohne Zivilcourage“ in der von der Bundeszentrale für Politische Bildung herausgegebenen Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 61. Jg., 39/11, 26.9.2011, S. 52f.: „Was von der Libyen-Politik Deutschlands in Erinnerung bleibt, sind Fehler und Versäumnisse einer Zivilmacht ohne Zivilcourage. In dieser Form wird Deutschland weder bei der Hilfe für bedrängte Menschen noch bei der eigenen Selbstbehauptung in einer turbulenten Welt bestehen können. Die Regierung hatte es versäumt, trotz schwerer innenpolitischer und innerparteilicher Bedingungen eine humanitäre Intervention in Libyen zu begründen und mitzutragen wie seinerzeit während des Kosovo-Kriegs. Dabei wäre das Vorgehen in Libyen sogar einfacher zu rechtfertigen gewesen, da für eine militärische Beteiligung in Libyen alle rechtlichen, politischen und moralischen Voraussetzungen gegeben waren“.²

Eine unabhängige Untersuchungskommission von Amnesty International, die drei Monate in Libyen Interviews führte, konnte den von zahlreichen Medien gemachten Vorwurf der Massenvergewaltigungen durch Gaddafi-Truppen nicht bestätigen, Human Rights Watch kam zu ähnlichen Ergebnissen (vgl. The Independent, 24.6.2011). Am 23.2.2011 sagte der Luxemburgische Außenminister Asselborn, in Libyen ereigne sich ein „Völkermord in höchster Potenz“, was nicht den Tatsachen vor Ort entsprach, aber ein interventionsförderndes Meinungsklima schuf.

Zivile Bemühungen um eine Konfliktlösung der schweren Kämpfe zwischen Gaddafi-Truppen und Rebellen mit Tätern und Opfern auf beiden Seiten u.a. durch die Afrikanische Union, die Türkei und auch Johan Galtung, der bis zur Nato-Bombardierung in Libyen zu vermitteln versuchte, wurden von Nato-Seite systematisch unterlaufen, um das eigentliche Ziel zu erreichen: Den Sturz Gaddafis. Gemeinsam mit Prof. Andreas Buro habe ich am 4.4.2011 auf diese aussichtsreichen zivilen Verhandlungsansätze hingewiesen, die keinen Erfolg haben durften.³ Besonders in den nächsten Wochen und Monaten gilt es, der Meinung von Prof. Christian Hacke vehement zu widersprechen, bevor sich in breiten Bevölkerungskreisen Mythen über die angeblich gelungene „humanitäre Intervention“ zum Schutz der libyschen Bevölkerung fest setzen.



Clemens Ronnefeldt (rechts) im Gespräch

5. Zur aktuellen Menschenrechtsslage in Libyen

Spiegel-Online berichtete am 24.10.2011: In der libyschen Küstenstadt Sirt hat „Human Rights Watch“ auf dem Gelände eines Hotels 53 Leichen entdeckt, offensichtlich Anhänger des getöteten Machthabers Muammar al-Gaddafi. Die Menschenrechtsorganisation sieht das mutmaßliche Massaker als weiteren Vorfall in einer Kette von „Tötungen, Plünderungen und anderer Verstößen von Anti-Gaddafi-Kämpfern, die sich selbst über dem Gesetz sehen“, sagte Peter Bouckaert von Human Rights Watch. Die Organisation rief den Übergangsrat dazu auf, die Massentötung zu untersuchen.⁴ Dass es zu solchen Verbrechen kommen könnte, sah Ulrich Ladurner bereits am 21.3.2011 zu Beginn des Krieges voraus: „Niemand kann garantieren, dass es nicht zu Massakern in Tripolis kommen wird, wenn die Rebellen die Stadt einnehmen. Wie wird sich die UN dann verhalten? Eine Resolution verabschieden, die diese Libyer schützt? Was wird die Nato tun? Zugunsten von Gadhafis Anhängern intervenieren?“⁵

Bis heute ist mir nicht bekannt geworden, dass die Bundesregierung, die im Juli 2011 bereits frühzeitig einen 100 Millionen-Euro-Kredit für die libyschen Rebellen bereit stellte, diesen an die Einhaltung der Menschenrechte und die Verhinderung von zu befürchtenden Kriegsverbrechen geknüpft hätte. Die Zukunft Libyens sieht nach diesem Krieg düster aus. Prognosen, welche der rivalisierenden Milizen und Stämme sich im Machtpoker durchsetzen

werden, lassen sich derzeit nicht treffen. Noch immer allerdings könnten westliche Regierungen erheblichen Einfluss auf ihre neuen Verbündeten in Libyen ausüben, um das Blutvergießen und weitere Racheakte zu beenden.

6. Ausblick: Aufarbeitung des Libyenkrieges und Syrien

Eine Schlüsselrolle bei der Aufarbeitung des Libyenkrieges könnte Muammar al-Gaddafis Sohn Saif al-Islam zukommen, dem ebenso wie seinem Vater die Hinrichtung in Libyen droht und der möglicherweise deshalb aus seinem - zur Abfassung dieses Beitrages noch sicheren - Versteckes an der Grenze zum Niger bei einem Tuareg-Stamm Bereitschaft signalisiert hat, sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu verantworten. Dort werden ihm Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last gelegt. Sollte Saif al-Islam lebend vor Gericht erscheinen, würden seine Aussagen die am Libyen-Krieg beteiligten Nato-Staaten schwer belasten, weshalb sein Leben in großer Gefahr ist. Nach dem Ende des Gaddafi-Regimes wandte der US-Präsidentenskandidat der Republikaner, John McCain, bereits seinen Blick dem nächsten Land zu, das es seiner Ansicht nach von Menschenrechtsverletzungen zu befreien gilt: „Mit dem Ende des Militäreinsatzes in Libyen wird sich das Augenmerk darauf richten, welche praktischen militärischen Operationen zum Schutz von Zivilisten in Syrien denkbar sind“, sagte er jüngst bei einem Besuch in Jordanien. Assad solle nicht davon ausgehen, dass er ‚mit Massenmord davonkommen kann‘“

(Südd. Zeitung, 31.10./1.11.2011).

Nicolas Sarkozy, David Cameron, Barack Obama und einige weitere Verantwortliche der Nato-Bombardierungen in Libyen stellen nachzeitigem Sachstand akute Fälle für den Internationalen Strafgerichtshof dar. Die offene Frage lautet: Welche Institutionen oder Personen werden den Mut besitzen, sie dort anzuklagen?

Mit diesen Informationen möchte ich ermutigen, aktiv in die aktuelle Libyen-Debatte mit Sachargumenten einzugreifen, unterdrückte Kriegshintergründe aufzuklären und die öffentliche Meinung dahin gehend zu bestärken, keine weiteren „humanitären Interventionen“ nach dem Libyen-Vorbild mehr zu lassen. Je schneller die Hintergründe des Libyen-Krieges öffentlich werden, desto schwieriger wird die Legitimation der Nato für einen weiteren Krieg gegen Syrien zum Sturz Assads.

1 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/henken2.html>

2 www.bpb.de/publikationen/AECUIJ,0,Arabische_Zeitenwende.html

3 www.versoehnungsbund.de/2011-04-libyen

4 www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,793602,00.html

5 <http://blog.zeit.de/ladurnerulrich/2011/03/21/kopflös-in-den-krieg/>

Internationales Seminar „Globales Lernen“

von Uli Sonn

1. „Globales Lernen“ : unter diesem Titel trafen sich vom 16.7. bis 4.8. im Niemöller Haus und der Kommunität Grimnitz in Joachimsthal 14 Teilnehmer/innen eines internationalen Seminars.

Alle waren Akteure und Multiplikatoren aus friedenspolitischen, sozialen, oder Umweltorganisationen und dem außereuropäischen internationalen Versöhnungsbund (IFOR).

Ziel war es , durch gegenseitige Information über ihre verschiedenen Programme und Projekte, durch den Austausch von Erfahrungen und das voneinander Lernen, die Konfrontation mit globalen Fragen des Überlebens und der Nachhaltigkeit sowie durch das Kennenlernen von „Beispielen guter Praxis“ globales Lernen einzuüben.

Die authentischen Projektberichte aus den unterschiedlichsten Orten der Welt ermöglichen eine hochinteressante Horizonsweiterung und vermittelten gleichzeitig das Bewusstsein, Teil einer weltweiten Bewegung der „Globalisierung von unten“ zu sein: ein weltweites Netzwerk friedenspolitischer Akteure und Gruppen, die durch ihr Engagement manifestieren, dass der Aufbruch in eine „andere Welt“ bereits stattfindet. Indem „globales Lernen“ Impulse und Erfahrungen dieser weltweiten Friedens-, Gerechtigkeits-, Menschenrechts- und Umweltbewegungen aufnimmt und sie unter der Perspektive Zukunftsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung behandelt, drückt sich darin der Glaube und die Hoffnung aus: „Eine andere Welt ist möglich“.

2. Dieser Slogan des Weltsozialforums bildete den Auftakt des mit Vorträgen, Präsentationen und Projektbesuchen prall gefüllten Programms:

Frau Härlin vom Berliner Wassertisch erläuterte die Funktion des Weltsozialforums als ein Instrument einer weltweiten dezentralen Bewegung, die der Ethik des Neoliberalismus („Ethik im Dienste des Marktes“) die Prinzipien einer auf echter partizipatorischer Demokratie, Gewaltfreiheit und sozialer Gerechtigkeit gegründeten Gesellschaft gegenüberstellt. Dies ließ sich sehr anschaulich am Beispiel der Rekommunalisierungs-Initiative des Berliner Wassertisches illustrieren.

In den folgenden zwei Wochen gestaltete jede/r Teilnehmer/in einen Workshop mit Prä-

sentationen ihrer Organisationen bzw. Projekten, in denen sie engagiert sind:

Nhamo aus Zimbabwe : Wahlbeobachtung, Kampagne gegen häusliche Gewalt, Solaranlagen für ländliche Schulen, Umweltschutzaktionen

Jiyothi aus Indien: Gewaltfreiheitstrainings für Schüler und Jugendgruppen

Miroslava aus Russland: Mobilisierung einer Vielzahl von Jugendlichen für Umweltschutzmaßnahmen und Trainings für Nachhaltigkeits-Bewusstsein

Richard aus Uganda: Programme zur Wiedereingliederung ehemaliger Kindersoldaten (Schulen, Berufsausbildung, Gewaltfreiheits-training, Traumabehandlung)

Slata aus Russland: internationale Kampagne zum rechtlichen Schutz von nationalen Minderheiten in den Ländern

Rana und Dana aus Palästina: Aufbau sozialer und kommunaler Infrastruktur, die auf den Prinzipien der Gewaltfreiheit basieren; Modelle zur friedlichen Koexistenz des israelischen u. palästin.Volkes

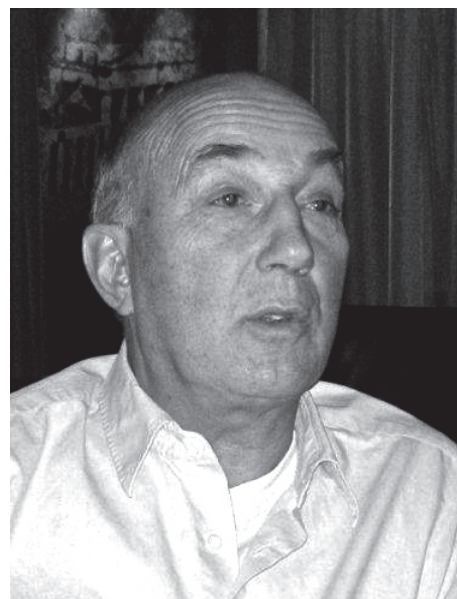
Lucas aus USA: vielfältige Projekte des US-FOR wie z.B. Dialog- und Solidaritätsprogramme mit Gruppen in Iran, Irak oder Kolumbien, Betreuung Angehöriger von Gefängnisinsassen, Peace-Maker-Trainings für Jugendliche, interreligiöse Dialogprogramme

Jelena aus Serbien: psychotherapeutische Maßnahmen und Resozialisierungsprogramme mit Strafgefangenen; Obdachlosenbetreuung

Almut aus Tübingen: Freiwilligeneinsatz mit Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Tschechien (Altenarbeit in der Jüdischen Gemeinde in Prag); Workshop zum Thema : Was heißt „stolz sein“ auf mein Land?

Alex aus Rumänien : Bemühungen um faires interkulturelles Zusammenleben und Integration verschiedener Volksgruppen in seinem Land.

Ein besonderer Höhepunkt war die vom USA-FOR eingefädelt Skype-Konferenz im Rahmen ihres „Global Listening Projects“. Wir waren direkt verbunden mit einer Gruppe der afghanischen „Youth Peace Volunteers“: die



afghanischen Jugendlichen berichteten von ihrer „No more war“-Kampagne mit den blauen Halstüchern, alle Teilnehmer unserer Gruppe vermittelten ermutigende Botschaften aus den Erfahrungen ihrer jeweiligen Friedensarbeit. Es war schon ein faszinierendes Erlebnis für alle Seiten, so gleichzeitig „global“ vernetzt zu sein mit Friedensaktivisten aus Kabul, Washington und unserer internationalen Gruppe in Berlin.

3. Das Seminarthema beinhaltete auch das Kennenlernen von „Beispielen guter Praxis“. So fanden Exkursionen zu diversen sozialen Projekten statt: Asylberatung in der Hl. Kreuz Kirche, Sozialzentrum zur kulturellen und handwerklichen Entfaltung von Arbeitslosen und Armen („Gitschiner 15) und das Jugendmusikzentrum „Kreuzberger Musikalische Aktion“, um Jugendliche von der Straße zu holen. Besonders beeindruckend war die Mitarbeit der Teilnehmer an 1 Tag in einer Suppenküche der Malteser und der Verpflegungsausgabe in der Passionskirche – die Chance praktischen Tuns wurde sehr begrüßt. – Ein methodisch anschaulicher und lebendiger Workshop zum Thema „Fairer Handel“ wurde von Maria und Judith gestaltet: anhand des Produktes „Berliner Bohne“ wurde illustriert, wie fairer Handel dazu beiträgt, dass Kaffeebauern nachhaltiges Wirtschaften und die Finanzierung von z.B. Bildungs- und Gesundheitsprojekten ermöglicht wird. – Albrecht Tiedemann und Christiane Böttcher stellten in einem ausgezeichneten Workshop das Projekt RENAC („Renewable Academy“) vor: Ausbildungsprogramme, die Menschen auf der ganzen Welt befähigen, technologische Kenntnisse zur Anwendung erneuerbarer Energien zu erwerben.

4. Die 2. Woche in der Kommunität Grimnitz in Joachimsthal stand thematisch ganz im Zeichen der globalen Bedrohung durch den Klimawandel und die (noch) vorhandenen Chancen zum Umsteuern. Claus Dieter Schul-



ze stellte in seinen Workshops („Ist die Erde noch zu retten“?) die Dramatik der Lage dar: Fehlentwicklung globales Wirtschaftswachstum, unverantwortliche CO₂-Emissionen, Ressourcenplünderung des Planeten, Verteilungskämpfe, Klimaflüchtlinge, Konfliktsache westlicher Lebensstil, etc., was durch den Film „Home“ (Entwicklung der Erde bis zur Gegenwart) noch sehr plastisch illustriert wurde. – Ein Instrument, um den persönlichen Energieverbrauch im Verhältnis zur Belastbarkeit der Erde festzustellen, ist der „ökologische Fußabdruck“: Das Global Footprint Network wies nach, dass der ökologische Fußabdruck der gesamten Menschheit gegenwärtig 23 % größer ist als der Planet Erde regenerieren kann. – Die Erd-Charta ist ein Katalog von ethischen Leitlinien für eine nachhaltige, gerechte und friedliche globale Entwicklung, die sich insbesondere an Jugendliche zur Umsetzung von konkreten praktischen Maßnahmen richtet. – Das Memorandum des „Plädoyers für eine Ökumenische Zukunft“ appelliert an die Kirchen weltweit, sich für Klimagerechtigkeit einzusetzen. Dem liegt die Einsicht zugrunde, dass die Industrieländer des Nordens bislang die Hauptverursacher des CO₂-Anstiegs sind und jetzt ein Nord-Süd-Lastenausgleich bzgl. der Emissionen dringend geboten ist, wenn das Ziel von max. 2 Grad Erderwärmung erreicht werden soll. Dazu muss jeweils Druck auf die nationalen Regierungen ausgeübt werden.

Dass diese Lobbyarbeit für das Überleben der Erde eine genuine Aufgabe von Christen ist, wurde in der abschließenden Bibelarbeit

deutlich. Der antiken Auffassung des Menschen als dominantem Allherrscher über die Natur („Macht euch die Erde untertan“) muss heute ein Verständnis entgegengesetzt werden, das den Menschen als Partner im universalen Gefüge der Schöpfung sieht. Er ist Teil eines abgestimmten Verhältnisses von Mensch-Natur-Tier-Pflanzen, in dem er seinen Ort als verantwortlicher Bewahrer der ihm anvertrauten Schöpfung hat.

5. In der abschließenden Auswertung kam bei allen die Freude über die Chance des persönlichen Kennenlernens und des Austauschs über die vielfältigen Projekte zum Ausdruck, der tatsächlich ein „globaler Lernprozess“

bedeutete. Bedauert wurde das gänzliche Fehlen von deutschen und westeuropäischen VB-Mitgliedern. Wichtige Erkenntnis: Das Engagement auf lokaler Ebene muß seine Entsprechung auch auf der internationalen politischen Ebene finden, lokales und globales Handeln müssen aufeinander bezogen sein. In den Berichten der Teilnehmer und durch das Kennenlernen von Beispielen guter Praxis wurde deutlich, wie wichtig die neue Rolle der Zivil-Gesellschaft und ihrer sozialen Bewegungen ist, sowie die Bedeutung internationaler Netzwerke. Ein Anfang wurde gemacht: die Gruppe hat sich durch face-book vernetzt („sunshine seminar group“) und kommuniziert bereits lebendig!



Gewaltloser Einsatz bringt Erfolg

Springer Ehepaar weilt im Auftrag des Versöhnungsbundes bei Indianern in Kanada

von Birgit Metzbour (Pforzheimer Zeitung)

Ispringen. „Gewaltloser Einsatz für die Rechte von Minderheiten nutzt nichts“. Da sind die Ispringer Dieter und Annelie Hemminger ganz anderer Meinung. Mit gewaltlosem Widerstand und einem langen Atem könne eine ganze Menge erreicht werden, sagen sie. Den Beweis dafür erlebten die beiden gerade in Kanada. Dorthin waren sie Mitte August aufgebrochen. Im Auftrag des Internationalen Versöhnungsbundes (IFOR) lernten sie die Arbeit eines Christian Peacemaker Teams (CPT) kennen, das in Nordwest-Ontario die gewaltfreien Aktivitäten, der in Reservaten lebenden Asub-peeschoseewagong Indianer unterstützt.

Die CPTs sind eine in den späten achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts aus den Reihen der nordamerikanischen Mennonitischen Kirche heraus gegründete Organisation. Sie hüten sich zum Ziel gesetzt, in Konflikt- und Krisengebieten durch ihre Anwesenheit und die Begleitung von Personen Frieden zu stiften und so bedrohte Menschengruppen zu schützen.

Zehn Jahre lang kämpften die Asubpeeschoseewagong-Indianer im kanadischen Grassy Narrow gegen einen großen amerikanischen Holzverarbeitungskonzern. Selbst im Winter haben die Aktivisten die Straßen blockiert, um zu verhindern, dass die riesigen Maschinen, die den Wald gleich quadratkilometerweise kaputt machen, die Seen durch den Morast ver-

giften und dem Großwild die Lebensgrundlage nehmen, in den Wald hinein fahren konnten.

Die Hemmingers wurden nun in Kanada Zeugen, wie die Delegation der Indianer von Verhandlungen aus Toronto zurück kam mit der Zusage, dass die Indianer künftig bei allen Entscheidungen über das Land mitreden dürfen. „Das ist ein Erfolg von zehn Jahren hartnäckiger Überzeugungsarbeit und zivilem Widerstand,“ freute sich Dieter Hemminger. Ehefrau Annelie zeigte sich, zurück in Ispringen, noch immer fasziniert davon, dass sich das CPT mit geduldigem Ausharren auch bei Eiseskälte allein mit friedlichen, gewaltfreien Mitteln in ihrem Einsatz für die Rechte der Indianer durchsetzen konnte.

Neben dieser Aktion lernte das Ehepaar in Kanada Einrichtungen kennen, die sich um gestrandete Indianer kümmern, eine Suppenküche der Byzantinischen Kirche, die täglich 80 bis hundert Mittagessen ausgibt, und eine Beratungsstelle für missbrauchte indianische Frauen.

Seit 1890 gab es in Kanada so genannte Residenschulen. In denen indianischen Kindern Bildung vermittelt wird. Dafür wurden sie allerdings aus ihren Familien gerissen. Die Hemmingers schütteln darüber den Kopf. Sie wissen, dass die Familie, Kinder und das Dorf das Lebenselixier der indianischen Kultur ist. Erst spät habe der kanadische Staat anerkannt, dass die Ureinwohner, die seit 12 000 Jahren

im Land leben, Hilfen vom Staat brauchen.

Jedes Jahr feiern die Indianer im Reservat ein Pow-Wow, eine Art Erntedankfest. Hemmingers durften dabei sein. Dabei lernten sie den tiefen Schöpfungsglauben der im Einklang mit der Natur lebenden Indianer kennen. Sie erfuhren, dass die Trommelgesänge eine Gebetsmusik sind und dass der soziale Charakter der Dorfgemeinschaft bis zum heutigen Tag wichtig ist. So wurde bei den Runden in traditionellen Kostümen auch für Kranke gesammelt. Dorfangehörige kamen sogar aus Toronto zum Pow-Wow angereist. Hemmingers, die mit Abstand ältesten Teilnehmer der CPT-Delegation, übernachteten auf dem Matratzenlager in einem Trapperhaus in einem Raum mit neun weiteren Gästen.

Die Reise nach Kanada diente der Vorbereitung für einen späteren, mindestens ein Vierteljahr langen Einsatz bei CPT. „Palästina böte sich an“, sind sich die beiden einig.

Im Anschluss an die Delegationsreise begaben sich die beiden Friedensaktivisten nach Winnipeg, einer 600 000-Einwohner-Stadt mit der größten Mennoniten-Gemeinde. Die Mennoniten Kirche geht direkt auf deutsche, niederländische und Schweizer Einwanderer aus dem 17. und 18. Jahrhundert zurück. So konnten sich die Besucher aus Ispringen im fernen Kanada auch auf urschwäbisch unterhalten.



Protokoll von der Gerichtssitzung in Cochem

von Matthias Engelke

Am 24.10.2011 fand vor dem Amtsgericht in Cochem ein Prozess statt wg. Hausfriedensbruch. Zwei Friedensaktivisten, Christian Mallas und Toni Schunk, wurden angeklagt, im August 2009 in das Atomwaffenlager Büchel unerlaubt eingedrungen zu sein. Sie wollten damit gegen die Unrechtmäßigkeit der dort lagernden Atomwaffen protestieren. Gegen die verhängte Geldstrafe von je 50 Tagessätzen von insgesamt 750 Euro wurde Berufung eingelegt, so kam es zu diesem Prozess. Mit dieser 16. Hauptverhandlungen im Zusammenhang mit Protestaktionen gegen die Atomwaffen in Büchel am Amtsgericht Cochem war es nun das erste Mal, dass ein Prozess eingestellt wurde. M.-W. Engelke hat den Prozessverlauf protokolliert. Im Anschluss dokumentieren wir die Stellungnahme von Christian Mallas.

Anwesend: Richter Johann, Rechtsanwalt Hartmann; Staatsanwaltschaft; die beiden Angeklagten; der Prozessschreiber

Fast vollständig besetzt sind die Stühle für die Öffentlichkeit

Kleiner Disput am Anfang darüber, dass eine Dame ihre Mütze abziehen möge und keine Plakate zeigen – das gebührt der Respekt vor dem Gericht.

CHRISTIAN MALLAS – 26 Jahre, will zum Beruf nichts sagen; dann jedoch: Student. Er will nur sagen, was zur Sache dient. Wohnt in Stettin. 600 Euro bekommt er im Monat, Diplomandenvertrag. „Kann man damit als Student leben?“, fragt Richter Johann. Ledig.

TONI SCHUNK – 24 Jahre alt, Student, Geographie. Richter Johann fragt nach Inhalten des Studiums. Es kommt zu einem kleinen Gespräch über Berufsaussichten. Richter unterstellt „ledig“, und er widerspricht nicht. Wohnt in Belgien.

Der Staatsanwalt trägt im Stehen vor. Ein Unterstützer unter den Gästen, Hauke, gähnt vernehmlich. Durch das Aufschneiden des Zauns sei ein Schaden von 1000,00 Euro entstanden. Er verweist auf Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch und Christian fragt nach dem Inhalt der Paragraphen und stellt den Antrag, dass die Verhandlung in einer verständlichen Sprache durchgeführt wird, und zwar ohne Abkürzungen. Das Publikum klatscht, und Richter Johann wird sauer: „Das kann ich nicht zulassen, sonst werde ich ungemütlich“. Richter Johann erläutert schließlich doch: „StGB ist Strafgesetzbuch und StPO

Strafprozessordnung – ist damit dem Antrag Genüge getan?“ fragt er. Die Anklage lautet, am 7. August 2009, „rechtswidrig fremdes Eigentum beschädigt zu haben“ und „rechtswidrig in fremdes Eigentum eingedrungen zu sein“: Gilt als Hausfriedensbruch. Das in gemeinschaftlichen Handeln. Es wurde eine Geldstrafe in 50 Tagessätzen von insgesamt 750 Euro verhängt.

Dagegen wurde Einspruch eingelegt.

Toni Schunk will eine Erklärung abgeben. Er liest sie von seinem Mini-Computer ab. Und will thematisieren: Was ist meine Position zu Atombomben und radioaktiver Munition? „Muss ich mich vor diesem Gericht rechtfertigen oder vor meinem eigenen Gewissen?“ Er referiert die Lagerung der Atombomben und ihren Rechtsbruch und das Ausmaß eines möglichen atomaren Weltkrieges. „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ „Eine Kriminalisierung symbolischer gewaltfreier Aktionen ist schreiendes Unrecht.“ Die Auswirkung des abgereicherten Urans wird ausgeführt, vor allem die unabsehbaren Schäden durch die radioaktive Strahlung auch lange nach einem Krieg. Gegen das Uran kann sich kein Mensch schützen, es kann nicht gesehen, gefühlt oder gehört werden. Ausführliche Studien stellen die Schäden auch für Soldaten dar und für die Zivilisten in den Einsatzgebieten.

Alle hören aufmerksam zu. Rechts von mir sitzt Dieter Junker für die Presse, ein Rechtsanwalt aus Cochem und der Kriminalpolizist Herr Reißmann. Links vom Eingang dicht besetzte Reihen, Freunde der Anti-Atomwaffen-Bewegung auch von weit her, Husum, Hamburg und wir aus Nettetal.

Carsten winkt mit den Händen – das Zeichen der Taubstummen. Der Richter untersagt das Klatschen. Richter Johann stimmt Vielem zu. Seiner Interpretation stimmt Toni nicht zu.

Christian Mallas führt aus: „Sie werden jetzt erleben, wie das Gericht zwei gewaltfreie Friedensaktivisten verurteilen wird“. Er wendet sich an das Publikum, nicht an den Richter.

Der Gerichtsschreiber sitzt untätig vor seinem Gerät.

Christian zitiert das Gutachten des IGH, und interpretiert die einschränkende Aussage als zynisch, weil die Existenz eines Staats als wichtiger angesehen wird als das Leben von Menschen. Das Gericht wird in vielem zu-

stimmen. Aber wird keinen rechtfertigenden Notstand ansehen. Das sei nicht das mildeste angewendete Mittel zum Protest. Aber bei Protesten können auch Gesetze übertreten werden, z. B. die der Straßenverkehrsordnung, wenn auf der Straße entlang gegangen wird. Wahlen sind nicht das geeignete Mittel, weil Parteien nicht an Versprechen gebunden sind. Das Gericht wird zeigen, dass es die Atombomben vor der Bevölkerung schützen wird.

RA Hartmann regt an, eine Beweisaufnahme als überflüssig zu erachten. Richter Johann stimmt zu, dass es „hehre, edle Motive sind, achtenswert“. Es brauchen keine Beweise mehr gehört werden.

Es wird eine Einstellung beabsichtigt. Keine Auflage, das Gericht schlägt vor: Gemeinnützige Leistungen für eine Organisation, die sie selbst bezeichnen möchten.

Toni Schlundt stimmt zu. Der Verteidiger stimmt zu.

Gemäß „153,2 StPO“ – Einstellung des Verfahrens, 60 h gemeinnütziger Leistungen innerhalb eines halben Jahres, eine Woche würden reichen. Nach Ableistung wird das Verfahren komplett abgeschlossen. Es ist keine Vorstrafe.

Die Sitzung wird geschlossen.

Stellungnahme von Christian Mallas

Sehr geehrtes Publikum, [sehr geehrte/r Protokollant/in, Staatsanwält/in, Richter/in,]

Sie werden nun erleben, wie zwei Friedensaktivisten wegen friedlichen Protests gegen Atom- und Uranwaffen zu einer Strafe oder einer strafbewehrten Auflage verurteilt wird.

Durch diesen Gerichtsprozess tritt ein gesellschaftlicher Konflikt zwischen einer Elite, die durch Atomwaffen das Potential zur Vernichtung Hunderttausender Menschen aufrechterhält, und einem großen Teil der Bevölkerung, der Atomwaffen aus vielfältigen Gründen ablehnt, zutage.

Anstatt durch radikale nukleare und konventionelle Abrüstung eine Welt ohne Atomwaffen, Krieg und Militär, ohne Ausbeutung, Hunger und Armut zu schaffen, erhalten die Staaten dieser Erde jedoch eine millionenfaches Mordpotential aufrecht, das auch im Nichtkrieg tötet. Dieses wird nicht nur gegen sog. Feinde, sondern – durch Recht und Gesetz – auch gegen die eigene Bevölkerung aufrechterhalten.

Um die Gefahr eines (Atom-)Kriegs zu reduzieren, wurden die Vereinten Nationen gegründet und verschiedene internationale Verträge geschlossen. Das dadurch definierte sog. Völkerrecht ist jedoch [auch] nicht in der Lage, militärische Aggression und deren Androhung wirksam zu bekämpfen. Die zahlenmäßige nukleare Abrüstung ist rein symbolischer oder militärstrategischer Natur oder schlicht Zahlentrickserei. Im Gegenteil wird Nuklear- und Uranbewaffnung durch die IAEA und den sog. Atomwaffensperrvertrag (NPT) sogar noch gefördert. Denn der NPT verpflichtet die Unterzeichnerstaaten zur Förderung der zivilen Kernkraft. Durch den Betrieb von Kernkraftwerken werden große Mengen atombombenfähiges Plutonium erzeugt – und bei der Anreicherung von Uran fallen große Mengen abgereichertes Uran an, welches entweder teuer und für lange Zeit sicher gelagert werden muss oder als panzerbrechende Munition in Kriegen und sog. Friedenseinsätzen verschossen wird, so vermutlich auch in Libyen.

Zynischer noch als der NPT liest sich das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) über die Vereinbarkeit von Atombomben mit dem Völkerrecht. Zwar wird bereits die Drohung mit Atomwaffen als völkerrechtswidrig deklariert. Aber ein Hintertürchen hält der IGH offen: Über die Legalität von Atomwaffen in einer Situation, in der die Existenz eines Staates auf dem Spiel steht, trifft er keine Aussage. Die Bedrohung der Existenz eines Staates wird hervorgehoben, die Bedrohung des Lebens vieler Menschen wird jedoch nicht erwähnt. Der Staat scheint dem IGH also wichtiger und schützenswerter als das Individuum – eine absolut menschenverachtende



Logik, die Militär, Krieg und Atombomben überhaupt erst ermöglicht!

[Gegenargumente vorwegnehmen und widerlegen:]

Das Gericht wird argumentieren, Protest gegen Atomwaffen sei natürlich erlaubt und darüber hinaus sogar wünschenswert, freie Meinungsäußerung sei schließlich ein Grundpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung (welche wiederum die Meinungsfreiheit garantiert). Das rechtfertige aber nicht das

Übertreten von Gesetzen. Ein rechtfertigender Notstand im Sinne von §34 StGB sei nicht erfüllt: Zwar sind Atomwaffen gewiss ein größeres Übel als ein Loch im Zaun und ein paar zerknickte Grashalme. Aber das sei nicht das mildeste geeignete Mittel.

Aber: Die FDGO garantiert nicht die Meinungsfreiheit, sondern schränkt sie durch die auf ihr aufbauenden Gesetze sowie Staatsorgane wie Gerichte und Polizei ein. Dennoch rechtfertigt Protest auch formaljuristisch das Übertreten von Gesetzen – so ist es z.B. Fußgängern erlaubt, im Rahmen einer Demo entgegen der Straßenverkehrsordnung auf der Fahrbahn zu laufen. Eine politische Protestkundgebung ist sehr wohl ein geeignetes Mittel gegen Atomwaffen – zwar nicht direkt für ihre sofortige Abschaffung, aber die Aufklärung über ihre Existenz und die Anregung einer öffentlichen Diskussion über ihren Sinn bzw. Unsinn sind ein notwendiger erster Schritt (und besser geeignet als die jahrzehntelange offizielle Dementierung ihrer Stationierung in Deutschland durch die Regierung). Das Wählen von Anti-Atomwaffen-Parteien oder eine Klage vor Gericht mögen vielleicht mildere Mittel sein. Sie sind aber keine geeigneten Mittel, da Wahlversprechen für Parteien nicht bindend sind und da von den jeweiligen Machthabern Recht und Gesetze definiert und Richter eingesetzt werden, um die bestehenden Machtstrukturen aufrechtzuerhalten.



Durch sein Handeln wird das Gericht beweisen, dass Recht, Staaten und Gerichte nicht dazu da sind, die Bevölkerung vor Atomwaffen (oder mit Hilfe von Atomwaffen), sondern Atomwaffen vor der Bevölkerung zu schützen.

Aufruf 2012 des Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

Kein Frieden mit der NATO –

Kein Frieden mit dem Kriegsgeschäft!

Aufruf zu Protesten gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz (SiKo) 2012 in München

Am ersten Februar-Wochenende treffen sich im Hotel Bayerischer Hof wieder Kriegsstrateg_innen, überwiegend aus NATO- und EU-Staaten, hochrangige Militärs, Vertreter_innen von Wirtschafts- und Rüstungskonzernen und Regierungen. Sie schmieden Kriegscoalitionen und koordinieren Militärstrategien für ihre weltweiten Interventionspläne.

Unter ihrer Flagge „Sicherheit und Menschenrechte“ führen sie Kriege, um ihre Wirtschafts- und Vorherrschaftsinteressen durchzusetzen. Mit Waffenexporten leisten sie Beihilfe zum weltweiten Morden und zu Unterdrückung.

Während sie über die Spielregeln ihrer „Weltordnung“ beraten, werden wir auf die Straße gehen und demonstrieren.

Krieg und ein profitorientierter Welthandel zwingen Milliarden Menschen zur Flucht und treiben sie in den Hunger. „Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind an Unterernährung oder leicht heilbaren Krankheiten. Diese Kinder sterben nicht, sie werden ermordet“ (Jean Ziegler). Sie werden ermordet von einer Weltordnung, die für den Profit über Leichen geht, von einer Wirtschaftsweise, die systematisch die natürlichen Ressourcen plündert und damit die Lebensgrundlagen dieses Planeten ruiniert. Die reichen Staaten schotten ihre Grenzen ab gegen Kriegs-, Armuts- und Klimaflüchtlinge.

Krieg beginnt hier!

Deutschland ist die militärische Drehscheibe für die Aggressionskriege der USA und der NATO. Unter Bruch der Verfassung ist Deutschland bei jedem Krieg dabei, um seine eigenen wirtschafts- und machtpolitischen Interessen durchzusetzen. Hier werden auch die tödlichen Waffen produziert, die weltweit tausende Menschen töten. Hier und in den anderen NATO-Staaten werden Rechtfertigungslügen erfunden und Angriffskriege als „humanitäre Intervention“ propagiert. Die Münchner SiKo ist dafür eines der wichtigsten Propaganda-Foren.

Ihre „Sicherheitskonferenz“ ist eine Unsicherheitskonferenz – auch sie steht für Profite, Krieg und Ausbeutung.

Mit Lügen werden Kriege begonnen und

Länder überfallen, keineswegs aber wird „Sicherheit“ gebracht. Die Kriege – wie in Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak und in Libyen – zeigen es.

Krieg bedeutet: Massenhafte Vergewaltigung sowie Tod, Folter und Flucht. Opfer dieser Kriege sind die Mehrheit der Menschen, die Natur und die Kultur solidarischen Zusammenlebens.

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt beanspruchen für sich das Recht auf „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen“ (so in: Verteidigungspolitische Richtlinien der Bundeswehr). Sie setzen ihre wirtschaftlichen Interessen und globalen Machtansprüche durch, auch mit militärischer Gewalt. Folgen einer solchen Gewaltpolitik sind globale Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte, Abbau im Bildungsbereich und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen.

Wir erleben eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, Überwachung und Disziplinierung der Bevölkerung zur präventiven Aufstandsbekämpfung. Die Verantwortlichen zielen mit ihrer Propaganda der Alternativlosigkeit darauf, dass die Menschen stillhalten, aus Angst vor Arbeitslosigkeit, Angst um die Zukunft ihrer Kinder, Angst vor Terror.

Immer mehr Menschen suchen Alternativen zum Kapitalismus und beginnen in vielen Ländern, sich dagegen zu wehren.

Die Herrschenden wappnen sich – auch bei uns – gegen Widerstand. Sie bauen den Überwachungsstaat aus, rüsten den Polizeiapparat auf und erstreben schließlich auch den Bundeswehreinsatz im Inneren (z. B. gegen Streikende). Vorstufe dafür war die Unterstützung von Polizeieinsätzen beispielsweise in Heiligendamm und bei Castor-Transporten.

Wir lassen uns nicht einschüchtern und wehren uns gegen diffamierende Unterstellungen, die als Vorwand für polizeiliche Repression und zur Einschränkung unseres Demonstrationsrechts dienen.

Zeigen wir den selbstherrlichen Kriegsstrateg_innen:

Wir wenden uns gegen ein System, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht. Dem setzen wir unseren Protest, entschiedenen Widerstand und solidarischen Handeln entgegen.

Wir demonstrieren:
Gegen Kriegsgeschäfte und militärische Machtpolitik

Gegen Militarisierung der Gesellschaft, gegen Nationalismus und Rassismus

Für Beendigung aller Auslandseinsätze, für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan

Für Abrüstung – Auflösung der Interventionstruppen – Bundeswehr abschaffen!

Bundeswehr raus aus Ausbildungsstätten und Jobcenter – kein Werben für's Sterben!

Beendigung aller Waffenexporte

Für den Austritt Deutschlands aus der NATO – Auflösung der NATO – Keine Beteiligung Deutschlands an EU- und anderen Militärstrukturen

Für Abschaffung der NATO-„Sicherheitskonferenz“

Die Menschheit braucht weder eine NATO noch andere Militärpakete, sondern Frieden, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit.

Empört Euch und kommt zu den Protesten gegen die Kriegskonferenz nach München!

Beteiligt Euch an der großen Demonstration, entschlossen, phantasievoll, vielfältig und laut!
Samstag, 4. Februar 2012 um 13 Uhr am Marienplatz

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

Von der Seite
<http://www.sicherheitskonferenz.de/de/Aufruf-2012-gegen-die-SIKO>

Kurznachrichten

Neue Freiwillige ab Januar in der VB Geschäftsstelle

Wenn alles planmäßig klappt, wird Tania Monroy am 10. Januar in Minden eintreffen, um die Arbeit der VB Geschäftsstelle kennen zu lernen und zu unterstützen. Tania kommt als Freiwillige für zwei Jahre über den Brethren Volunteer Service aus den USA. Ihr inhaltlicher Schwerpunkt sind Internationale Beziehungen. Sie hat u.a. als Lehrerin gearbeitet und zuvor auch in Mexiko und in Deutschland gelebt; sie spricht mehrere Sprachen. Wir freuen uns, Tania beim Versöhnungsbund begrüßen zu dürfen.

Der AK „Friedensaufgabe und Soldatenseelsorge des Versöhnungsbundes“

überlegt nicht nur seine weitere Arbeit, sondern auch einen neuen Namen. Auf unserem Treffen am 22.10.2011 in Uelvesbüll haben wir folgender Variante den Vorzug gegeben: „AK Friedensauftrag und Beratung für Menschen in der Bundeswehr“. Die Abstimmung und Beschlusfassung steht auf dem nächsten Treffen am 19.5.2012 zur Jahrestagung des VB an.

Wer sich an der Namensfindung und der Weiterarbeit beteiligen möchte, ist herzlich eingeladen, mit uns Kontakt aufzunehmen. Ekke und Hanna Fetkötter.

Anfrage der Geschäftsstelle zu Geldanlagen und Wirtschaftsaktivitäten der von uns in Anspruch genommenen Geldinstitute

von Mira Lorent

Der VB hat Konten bei der Sparkasse Minden-Lübbecke und Südholstein, bei der Postbank und GLS-Bank. Alle vier Institute wurden befragt zu

- Verwicklungen in Rüstungsfabrikation, -forschung und -geschäfte
- Verwicklungen in Geschäfte, Forschung und Produktion im nuklearen Bereich, ob zivil oder militärisch
- Verwicklungen in Risiko- und Spekulationsgeschäfte (wie bspw. Hedgefonds) an den Finanzmärkten.

Die Antworten der beiden Sparkassen betonen ihr Regionalprinzip und verweisen auf ihren öffentlichen Auftrag; die Sparkasse Südholstein fügte ihrem Antwortschreiben eine Kopie ihrer ‚Markenkernwerte‘ bei; die Sparkasse Minden-Lübbecke verweist auf die branchenübliche Vertraulichkeit.

Beide beantworten die gestellten Fragen

nicht, so dass wir weiterhin nicht wissen, inwieweit eine Verwendung der Gelder, die über unsere Konten gebucht werden, in den obigen Bereichen erfolgt.

Die GLS-Bank betont in ihrer Antwort, dass Geldanlagen im Bereich Rüstung und Nuklearenergie sowie Spekulationsgeschäfte (Hedgefonds) ausgeschlossen sind.

Die Postbank hat bisher nicht geantwortet. Da die Postbank inzwischen von der Deutschen Bank übernommen wurde, werden wir in absehbarer Zeit dieses Konto auflösen.

Termine und Veranstaltungen

Achim Torbecke unterbreitet folgende Angebote:

MEDIATIONS-AUSBILDUNG: Beginn März 2012 in Hannover

Mediationsausbildung auf Grundlage der Gewaltfreien Kommunikation (GFK): berufs begleitend; Vollausbildung nach den Standards des Bundesverbands Mediation (Frühbucherrabatt bis 15.11.2011) Infoabende: Hannover 11.11., Leipzig 27.10.2011

<http://www.konflikttransformation.de/mediationsausbildung>

Fortbildung GEWALTFREIE KOMMUNIKATION (5-teilig): Ab März 2012 in Hannover

Fünf Seminare Samstag+Sonntag zwischen März und November. Grundlagen und Vertiefung der Gewaltfreien Kommunikation für Beruf und Privatleben. <http://www.konflikttransformation.de/GFK-Fortbildung>

VISIONS-SEMINAR „Herzvisionen neu entdecken und manifestieren“: 29.8. bis 2.9. 2012

- nun schon zum 3. Mal am Hohen Meißner bei Kassel. Ich freue mich auf diese großartigen Tage! <http://www.konflikttransformation.de/visionsseminar>

Einführungstag „GFK+Mediation kennenlernen“ am 19.11.2011 in Hannover

<http://www.konflikttransformation.de/Einfuehrungsseminare>

Seminar-TAG „GFK und Gesellschaftsgestaltung“ am 29.1.2012 in München

<http://www.konflikttransformation.de/Seminarartag>

Strategie-Konferenz der Kooperation für den Frieden

am 10./11.02.2012 in Magdeburg; Thema: ÖKONOMIE und FRIEDEN

Einkehrtage 2012

Auch im nächsten Jahr kehren wir wiederum im Dominikanerinnen Kloster Lage (bei Rieste, nördlich von Osnabrück) ein.

Vom 17.2. bis zum 21.2.2011 (Freitag Spätnachmittag über „Rosenmontag“ bis Dienstag früh) Wir werden uns diesmal von Thomas Merton inspirieren lassen, werden Texte lesen, bedenken, meditieren. Wie immer: Begrenzte Teilnehmerzahl! (Das Kloster ist sehr klein) Anmeldung über die Geschäftsstelle.

„Bridges instead of Walls“

8. Internationales Seminar des Alternative Information Centre (AIC), Beit Sahour/ Bethlehem, Palästina vom 19. bis 26. April 2012

Leitung: Ika Audono, Volunteer, AIC, Nassar Ibrahim, Policy Director, AIC

Mitarbeitende: Ziad Hmaidan, Anne Clementi, Chiara Cruciatti, Houssam Zawahreh

Unterkunft: Pilgrims House of the Saviour Major Seminary of the Greek Catholic Church in the Holy Land, Beit Sahour, Bethlehem - Patriarchate Greek Catholic - Jerusalem

Tagungsort: The Alternative Information Centre - AIC Cafe, Building 111, Mains Stret, PO. Box 201, Beit Sahour, Phone: 927-2-2775444 - Fax: 927-2-2775445

Kontakte (u.a.) über: www.alternativenews.org - aicmail@alt-info.org

Palästina vor Ort kennen lernen

In Israel gibt es sehr viele deutsche und internationale Journalisten, in Palästina dagegen nur wenige. Das spiegelt sich natürlich auch in der Berichterstattung in Medien wider. Umso wichtiger ist es sich ein eigenes Bild von Palästina zu machen und den Bedingungen, unter die Menschen dort leben. Palästinenserinnen und Palästinenser rufen die Weltöffentlichkeit auf, ihre Situation vor Ort kennen zu lernen. Auch in dem Kairos Palästina Dokument der palästinensischen Christinnen und Christen findet sich der Aufruf „Kommt und seht!“. (<http://www.kairopalestine.ps/sites/default/Documents/German.pdf>).

Für das Jahr 2012 werden mehrere Begegnungsreisen angeboten. Gern informieren wir über konkrete Termine. Darüber hinaus gibt es folgende Angebote:

Helfen bei der Olivenernte in Palästina - wobei es nicht so sehr um das Einbringen von Arbeitskraft geht, sondern um die Funktion von „lebendigen Schutzschilden“ angesichts der häufigen Aggressivität aus den angrenzenden Siedlungen: Infos beim Österreichischen Versöhnungsbund: www.versoeohnungsbund.at; office@versoeohnungsbund.at

Das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI):

Freiwillige im Rahmen dieses Programms begleiten Schülerinnen und Schüler zur Schule und Kranke ins Krankenhaus und schützen sie durch ihre gewaltfreie Präsenz. Sie können mit ihren gastgebenden Organisationen an gewaltfreien Widerstandsaktionen von palästinensischen und israelischen Gruppen teilnehmen. Sie können Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen internationales Recht notieren. Ein wichtiger Teil der Arbeit besteht in der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland, besonders nach der Rückkehr. - <http://www.eappi.org>

Außerdem gibt es auch Angebote von Reisen, bei denen Englisch gesprochen wird:

In Palästina als Volontär/in tätig zu sein, viele Begegnungsangebote wahrzunehmen und Arabisch zu lernen:

Palestine Summer Encounter - <http://www.palestinesummer.org/basics>. - Es richtet sich an alle interessierten Englisch sprechenden Menschen; in erster Linie nehmen Studentinnen und Studenten daran teil.

Palästinenserinnen und Palästinenser in der Gegend von Hebron zu unterstützen: Christian Peacemaker Team (CPT)

<http://www.cpt.org/work/palestine>

Infos zu Begegnungsfahrten, Individualreisen und zu Freiwilligenprogrammen, bei denen Palästinenserinnen und Palästinenser durch die gewaltfreie Präsenz von Freiwilligen geschützt werden können bei der Nahostkommission des Versöhnungsbunds erfragt werden:

nok@versoeohnungsbund.de; bitte im Betreff schreiben: Frage an die Nahostkommission.

Materialhinweise

Waffenexporte ins südliche Afrika: Ein Geschäft mit dem Tod, Herausgegeben von Connection e.V. November 2011, 28 Seiten A4, 4 Euro zzgl. Versandkosten

Bezug über <http://www.connection-ev.de/shop.php?r=B%FCcher%20und%20Brosch%FCren>

Anlass für die Veröffentlichung dieser Broschüre ist die gleichnamige Veranstaltungsreihe mit dem Referenten Emanuel Matondo, die gemeinsam durchgeführt wird von Connection e.V., der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel! und der Informationsstelle Südliches Afrika (issa). Am Beispiel einer Region werden nicht nur die großen Waffengeschäfte dargestellt, die mit Südafrika abgeschlossen wurden und mit Angola verhandelt werden. Es wird vielmehr deutlich gemacht, wie der Export von Waffen bestehende Konflikte und Kriege anheizt, Politiker korrumpiert, Demokratisierungsbewegungen untergräbt und die Flucht von Millionen von Menschen mit verursacht. Zudem dienen die Waffenlieferungen auch dazu, Einfluss in Ländern der Region zu erhalten.

Das Inhaltsverzeichnis sowie Auszüge der Broschüre sind zu finden unter www.Connection-eV.de/z.php?ID=1484.

Hanna Schott, Von Liebe und Widerstand

Hanna Schott hat pünktlich für den weihnachtlichen Büchertisch eine „Blitzlicht-Biografie“ von Magda und André Trocmé geschrieben: In Amerika und Frankreich ist viel bekannter als in Deutschland, dass diese beiden Versöhnungsbundler in Le Chambon mit ihrer reformierten Gemeinde in der Nazizeit Tausende von Juden gerettet haben. Bisher war wenig von ihrer Jugend bekannt. Und schön ist, dass wir nun auch den Werdegang von Magda Trocmé kennenlernen dürfen. Was etwas zu kurz kommt, ist das Wirken nach 1945 - für den französischen Versöhnungsbund. 240 Seiten, Neufeld-Verlag, Euro 14,90

H.Rothenpieler

Josef Mann, Nie wieder Jerusalem? 3712 Kilometer für den Frieden unterwegs

Zwanzig Männer und Frauen radeln in sechs Wochen von Wien nach Jerusalem, „um ein Zeichen für den Frieden im Nahen Osten zu setzen“. Der Plan klingt vollmundig! Die bunt zusammen gewürfelte Gruppe tritt durch ethnische, politische und religiöse Konfliktfelder. Sie steuert Friedensaktivisten vor Ort an wie z.B. im kroatischen Osijek das „Center for Peace“, die erste Stimme für den Frieden im Bombenhagel des Jugoslawienkrieges der neunziger Jahre. Schließlich erreicht sie nach 3712 km Israel/Palästina. Angesichts von Zäunen, Mauern, Checkpoints, schussbereiten Waffen müssen sich die Radler der Frage stellen: Ist Friede, Salam, Schalom hier überhaupt gefragt? 3712 leere Kilometer? Den Funken Hoffnung entfachen auch hier gewaltfreie NGOs wie z.B. die „Rabbis for Human Rights“, die „rabbinische Stimme des Gewissens Israels“: Diese protestieren an Straßensperren, verhindern Hauszer-

störungen, Vertreibungen usw. Einer von ihnen, Jeremy Milgrom, trägt den Radlern auf: „Sagen Sie zu Hause die Wahrheit, die Menschen hier brauchen es.“

Der Autor - Historiker, Theologe, Journalist und Hobbyradler - beschreibt Begegnungen und Begebenheiten „on the Road“. Er verschränkt in seinen Reportagen Geschichte und Gegenwart, leuchtet Hintergründe, insbesondere des Israel-Palästina-Konflikts, aus. Angesichts dieser Endlosschleife der Gewalt führt er oft mehr Fragen als Antworten ins Feld, ungefiltert, ungefiltert. Am Ende der vierzig Tage steht seine persönliche Erfahrung zu Buche: Du kannst keinen Frieden bringen, wenn in dir selber kein Frieden ist! Oder: Manche Wege soll man, ja muss man zurücklegen, um zu verstehen! Ein engagiertes Buch.

Marianne Wojcik

Josef Mann, Nie wieder Jerusalem? 3712 Kilometer für den Frieden unterwegs. Verlag Mann&Skript, Wien 2011, 320 Seiten, 64 Farbfotos, eine Landkarte, ISBN 978-3-200-02125-9, 19,80 Euro; erhältlich über <http://www.mannundskript.com>

Ulrich Luig, Friedenspolitik in der Nachkriegszeit. Erich Müller-Gangloff (1907 – 1980) und die Evangelische Akademie Berlin

Zur Hilfe der Klappentext: Erich Müller-Gangloff war ein profiliertes Wegbereiter für Versöhnung und Frieden im geteilten Nachkriegsdeutschland. Die Biographie dieses heute fast vergessenen Mannes zeichnet nicht nur die Entwicklungen in seinem Denken und Handeln nach, sondern bietet zugleich eine spannende Zeitreise durch die deutsche Geschichte des vorigen Jahrhunderts. Als Publizist und Leiter der von ihm gegründeten Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg nahm Erich Müller-Gangloff dezidiert Stellung zu zeitgeschichtlichen Problemen in Kirche und Gesellschaft. Gemeinsam mit Lothar Kreyszig gründete er 1957 die Aktionsgemeinschaft »Für die Hungernden« (heute »Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt«) sowie die Friedensdienste »Aktion Sühnezeichen« (1958) und »Weltfriedensdienst« (1959). Seine Deutschland-politischen Schriften und Initiativen haben die neue Ostpolitik der Bundesrepublik in der 2. Hälfte der 1960er Jahre mit vorbereitet.

Über den Autor: Dr. Ulrich Luig, Jahrgang 1945, evangelischer Theologe, lebt im Wendland und in Berlin. Er arbeitete zuletzt als Studierendensekretär in Mainz. Mit dem Weltfriedensdienst ist er seit 1968 verbunden.

Erschienen bei: Books on Demand GmbH, Nordstedt www.bod.de ISBN: 9783844801583 TB 148 Seiten Preis: Euro 12,80

Es ist ein Ros entsprungen

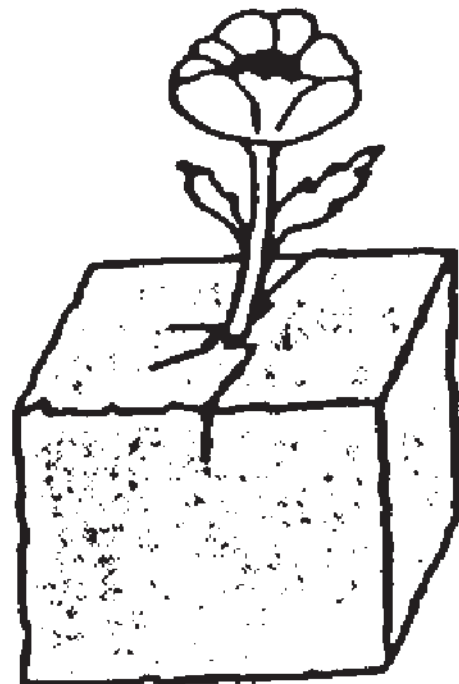
(eine alternative Fassung)

Es ist ein Ros entsprungen
aus einer Wurzel hart.
Wie uns die Alten sungen:
hart war des Jesse Art.
Was er hervorgebracht
war kälter als der Winter
und dunkler als die Nacht.

Die Wurzel, die ich meine
- Davids Regierungszeit -
hat uns gebracht alleine
vieltausendfaches Leid.
Aus Gottes ewgem Rat
war das wohl nicht geboren,
nein, aus dem Geist der Macht.

Das Blümelein so kleine
schlug ganz aus dieser Art.
Es macht den Schwafeln Beine
verbindt, was schwach und zart.
Ganz Mensch, kein halber Gott
deckt auf und will durchkreuzen
Geschäfte mit dem Tod.

Das Röslein wurd verstümmelt
durch Macht, Gewalt und List
und später ganz verhimmelt
weil das bequemer ist.
Doch lebt es mannigfalt
durchbricht erstarrte Herzen
Gemäuer und Asphalt.



aha